

Frieden ist das Wichtigste!

Argumentationsbroschüre zum Zermürbungskrieg
in der Ukraine - eine Tragödie ohne Ende?



*Es gibt keinen Weg zum Frieden,
denn Frieden ist der Weg.*

Mahatma Gandhi

Inhalt

VORBEMERKUNG: Treffpunkt i - Gesprächsplattform der NaturFreunde	3
EINLEITUNG: Frieden, eine Frage der Vernunft	4
Die Katastrophe: Der Krieg in der Ukraine.....	8
Was wir brauchen: Mut zur Mündigkeit	10
Die Ideologie: Frieden durch Hochrüstung	15
Der Blick zurück: Die „deutsche Frage“	22
Die Folgen: Soziale Verteilungskonflikte	29
Kollateralschäden: Verdrängung anschaulich	33
Bösartige Zwillinge: Klimakrise und Hochrüstung	35
Die „Institution Krieg“ abschaffen!.....	41

Herausgeber

NaturFreunde Deutschlands
Warschauer Str. 58a/59a
10243 Berlin

(030) 29 77 32 -60
info@naturfreunde.de
www.naturfreunde.de

Redaktion: Michael Müller, Yannick Kiesel, Regina Schmidt-Kühner
Autoren: Michael Müller, Yannick Kiesel

Juli 2026

VORBEMERKUNG:

Treffpunkt i – Gesprächsplattform der NaturFreunde

Der *Treffpunkt i* der NaturFreunde Deutschlands beschäftigt sich monatlich in Videokonferenzen mit ausgewählten Themen, die den Verband oder wichtige gesellschaftliche Fragen berühren. Er liegt in den bewährten Händen von **Janeta Mileva**, stellvertretende Bundesvorsitzende unseres Verbandes, deren Hauptaufgabenfeld Bildung und Kultur ist. Der *Treffpunkt i* ist eine Plattform zum Meinungsaustausch nicht nur, aber vor allem für NaturFreund*innen.

Wir laden Mitglieder wie auch Gäste ein, sich an den Gesprächsrunden zu beteiligen. Termine und Zugangsdaten werden auf www.naturfreunde.de/treffpunkt-i veröffentlicht. Zuständig in der Bundesgeschäftsstelle ist **Harald Etzbach**. Wertvolle Hilfe in der digitalen Verbreitung der Inhalte leistet die stellvertretende Bundesvorsitzende **Regina Schmidt-Kühner**.

Der *Treffpunkt i* am 26. Mai 2026 behandelte das Thema „**Militarisierung – Kipppunkt unserer Gesellschaft?**“. Ausgangspunkt war der sich ausbreitende Ruf nach „Kriegstüchtigkeit“. Gefordert werden von der Bundeswehr immer mehr „Fähigkeiten“ in der Kriegsführung. Damit wird eine Eskalationsdynamik in Gang gesetzt, deren Folgen unbeherrschbar werden können.

Yannick Kiesel, stellvertretender Bundesvorsitzender und zuständig für das Thema Frieden, trug zu Beginn der Videokonferenz eine Übersicht zum neuen Wehrdienst-Modernisierungsgesetz vor. Yannick sprach zudem über die schleichende Militarisierung der Gesellschaft und erläuterte, wie sich in unserer Gesellschaft die Mentalität der „Kriegstüchtigkeit“ ausbreitet.

Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands, zeigte anschließend die Ursachen der Ideologie der „Kriegstüchtigkeit“ auf, insbesondere im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Diese grundlegende Verschiebung zu einer „Kriegsmentalität“ ist jedoch nicht vom Himmel gefallen, sondern hat eindeutige Triebkräfte und politisch-gesellschaftliche Anlässe. Die stärksten Auslöser dabei waren der NATO-Beschluss von 2008 zu einer möglichen weiteren Osterweiterung, der Konflikt um das umstrittene EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen im Winter 2013/14 und die Annexion der Krim durch Russland im März 2014.

Im Nachtrag zu diesem *Treffpunkt i* haben wir diese Argumentationsbroschüre erstellt. In überarbeiteter Form fassen wir hierin wichtige Aussagen für einen Frieden in der Ukraine zusammen.

EINLEITUNG:

Frieden, eine Frage der Vernunft

„Krieg ist die größte Dummheit der Menschen.“

NaturFreunde Deutschlands

Die Aufgabe der Politik und der öffentlichen Meinungsbildung ist es, Zusammenhänge in ihrem politischen, gesellschaftlichen und historischen Bezug aufzuzeigen und so zu erklären, dass daraus Erkenntnisse und Schlussfolgerungen gezogen werden können. Ein Beispiel für das Entstehen von Krisen und Katastrophen: In dem dokumentarischen Theaterstück *Das Himbeerreich* von Andres Veiel wird dem fiktiven Investmentbanker Gottfried W. Kastein die Frage gestellt, wie es überhaupt zu der globalen Finanzkrise von 2008 kommen konnte?

Neben dem berechtigten Verweis auf die Finanzgier¹ antwortet der Finanzspekulant, dass nach dem Erreichen einer nahezu unübersehbaren Komplexität in der Verstrickung von Finanzanlagen niemand mehr in der Lage gewesen sei, die Folgen überhaupt noch zu verstehen. Man habe immer weitergemacht. Es ging um immer neue Versprechungen und Transaktionen, die keine realwirtschaftliche Basis mehr gehabt hätten. **Man habe die Zusammenhänge nicht verstanden und einfach immer weitergemacht, bis das System zusammengebrochen sei.**

Auch in den Friedensdiskursen müssen die historischen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge gesehen und verstanden werden. Aber genau das gibt es nicht, vielmehr herrscht ein Konformismus vor, der nur das Hier und Jetzt kennt und abweichende Meinungen nicht zulässt. Die aber sind notwendig, um zu einem Diskurs zu kommen.

Der große britische Universalhistoriker Eric Hobsbawm nennt den Verlust an historischem Bewusstsein „eines der bedrohlichsten Phänomene“ unserer Zeit. Dadurch gehen die sozialen Bindeglieder zwischen den Generationen verloren, die unbedingt notwendig sind, um unsere Zeit zu verstehen. Deshalb kann sich auch in unserem Land ein „Bellizismus“² ausbreiten, der nicht unwidersprochen bleiben darf. Zumal wir in Deutschland nach dem Grundgesetz eine Parlamentsarmee haben, die nicht den Anweisungen des Militärs unterworfen ist, sondern bei bewaffneten Auslandseinsätzen grundsätzlich der Zustimmung des Bundestages und damit der Gesellschaft bedarf.

* * * * *

¹ Gerhard Scherhorn hat die Fragen einer „Revision des kapitalistischen Weltsystems“ in der Wiener Vorlesung *Geld soll dienen, nicht herrschen – Die aufhaltsame Expansion des Finanzkapitals* beschrieben.

² Bellizismus bezeichnet eine politische Ideologie, die bei internationalen Konflikten vorrangig den Einsatz militärischer Gewalt befürwortet.

Die Geschichte der NaturFreunde ist seit dem letzten Jahrhundert von einem starken Engagement für den Frieden geprägt. Wir sind stolz, dass der Widerstandskämpfer Georg Elser, der 1939 das Attentat auf Hitler verübte, und der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, der für seine Ost- und Entspannungspolitik ausgezeichnet wurde, Mitglieder der NaturFreunde waren. Die NaturFreunde sind ein fester Teil der Friedensbewegung. Wir teilen die Aussage von **Willy Brandt**, die immer gilt und nicht vergessen werden darf:

„Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Wir verurteilen Krieg, er ist ein Verbrechen. Auch der Krieg in der Ukraine. Aber wir wissen auch, um es mit **Carl von Clausewitz** zu sagen: Krieg schafft eine

„wunderliche Dreifaltigkeit im Zusammenspiel von Politik, Militär und Gesellschaft. Oben steht die Politik. Dort geht es um Interessen, Macht und strategische Ziele. Politik erzeugt Kriege, Politik entscheidet über Eskalation oder Deeskalation – und deshalb kann letztendlich nur Politik Kriege beenden.“

Wenn und weil es keine Friedensdiskurse gibt, ordnet sich die Politik der „Kriegstüchtigkeit“ unter. So drohte etwa Holger Neumann, Inspekteur der deutschen Luftwaffe, im Juni 2026 Russland im Falle eines Angriffs auf die NATO mit umfassenden Gegenschlägen der Bundeswehr auf die Halbinsel Kola, die russische Enklave Kaliningrad, St. Petersburg und Sewastopol. Ein Widerspruch aus der Politik blieb größtenteils aus, obwohl der oberste NATO-Kommandeur in Europa, US-General Alexis Grynkewich, gegenüber der *Financial Times* zur selben Zeit erklärte, dass Russland keinen Konflikt suche. Dasselbe steht auch in einer gemeinsamen Erklärung der 17 US-Geheimdienste. Und die Notwendigkeit eines Bundestagsbeschlusses wurde von Herrn Neumann bei seiner Drohung noch nicht einmal erwähnt.

In unserem Land verändert sich vor allem seit 2022 die Einstellung zum Krieg. Vorbereitet wurde das bereits seit Anfang des letzten Jahrzehnts. Seit dem Krieg in der Ukraine wird der Druck des Bellizismus stärker. Von Deutschland wird ein „Mentalitätswechsel“ hin zu Aufrüstung und militärischer Abschreckung gefordert. Wir erinnern dagegen an den **Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald** vom 19. April 1945, der Auftrag und Verpflichtung bleibt:

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

* * * * *

Bezüglich der Ursachen, die zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geführt haben, die wir auch im Jahr 2022 in der Argumentationsbroschüre *Ein Plan für den Frieden*³ ausführlich beschrieben haben, zitieren wir zusammenfassend die Mahnung des einflussreichen

³ Download auf: www.naturfreunde.de/frieden

Moskauer Historikers **Alexej Gromyko**, Direktor am Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau, der sich für eine Friedenslösung einsetzt:

*„15 Jahre Gespräche, Überzeugungsarbeit und Forderungen
waren umsonst, es kam zum Krieg.“*

Gromyko warnt auch davor, dass es zu einer immer weiteren Eskalation des Krieges komme, aus der immer mehr ein „europäischer Krieg“ zu entstehen drohe. Europa war im letzten Jahrhundert der Ausgangspunkt des Ersten und des Zweiten Weltkriegs, deren Opfer insgesamt auf 80 bis 90 Millionen Menschen geschätzt werden. Beide Kriege waren mit einer Neuordnung des alten Staatensystems verbunden. Auch der Ukraine-Krieg weitet sich aus zu einem „Weltordnungskrieg“.

- Mit dem Ersten Weltkrieg kam es zum Zusammenbruch der alten europäischen Ordnung und zum Aufstieg der USA als führender westlicher Macht. Die monatelangen Schlachten mit Geschossen, Flammenwerfern und Gas um die französischen Festungsanlagen von Verdun stehen in besonderer Weise für die Brutalität des damaligen Stellungskriegs.
- Zum Zweiten Weltkrieg gehören die Einkesselung von Leningrad über 872 Tage und die Schlacht um Stalingrad, bei der mehr als 700.000 Menschen zu Tode kamen.
- Am Ende des Zweiten Weltkrieges stand die Zündung der Atomsprengköpfe über Hiroshima und Nagasaki. Die Menschheit bekam damit die Fähigkeit der Selbstauslöschung.
- Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Welt in zwei große Hegemonialbereiche aufgeteilt. Die USA wurden zur stärksten westlichen, die UdSSR zur stärksten östlichen Militär- und Schutzmacht.
- 1990, nach dem Ende der zweigeteilten Welt, kam es zu einer kurzen Phase der „Pax Americana“, die von der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA von 2025 als eine „Überdehnung der militärischen Möglichkeiten“ beschrieben wurde.
- Auch der Ukraine-Krieg ordnet die Welt neu. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Bedeutungszunahme der BRICS-Staaten und der Shanghai-Gruppe (SOZ) oder die Verschiebung der Dynamik in der Entwicklung der Welt von West nach Ost.

Wie sehr sich die Welt nach 1945 verändert hat, macht auch die Beendigung des Kolonialismus deutlich. Noch 1939 waren in Afrika und Asien nur wenige Länder selbstständige Staaten. Beim westlichen Kolonialismus ging es in erster Linie um Rohstoffe, im letzten Jahrhundert oftmals um die neue „Weltmacht Öl“. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches teilten vor allem die imperialen Mächte Großbritannien und Frankreich die Ländergrenzen im Nahen Osten mit dem Lineal neu auf, sowohl aus geostrategischen Interessen als auch für den Zugriff auf die „giant fields“, die 932 größten Gas- und Ölfelder der Erde.

Winston Churchill, der Erste Lord der britischen Admiralität, erkannte schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts die geostrategische Bedeutung von Öl für die Flotte und die imperiale Rolle seines Landes. Auf sein Betreiben erwarb die britische Regierung 1914 die Anglo-Persian Oil Company, aus der später British Petroleum wurde. Die Befreiung Lateinamerikas

von der spanischen und portugiesischen Kolonialherrschaft erfolgte zwar bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, aber die USA verstehen Südamerika bis heute als ihren „Hinterhof“ (America's Backyard), was auf die Monroe-Doktrin von 1823 zurückgeht, die den Kontinent als „exklusiven Einflussbereich der USA“ definiert.

Auch heute spielen geostrategische Fragen eine wichtige Rolle im Krieg in der Ukraine.

Die Katastrophe: Der Krieg in der Ukraine

„Nur die Toten haben das Ende des Krieges gesehen.“

Platon

Nach 1945 waren bis zu den Jugoslawien-Kriegen von 1991 bis 2001 größere Kriege in den Globalen Süden „ausgewandert“, vor allem nach Korea, Vietnam, Algerien, Kongo, Afghanistan sowie in den Nahen und Mittleren Osten. Am 24. Februar 2022 kam es zu dem völkerrechtswidrigen russischen Überfall auf die Ukraine. Was als sogenannte „militärische Spezialoperation“ Russlands geplant war, um mit einem schnellen Panzervormarsch die ukrainische Hauptstadt Kiew einzunehmen („Enthauptung“) und die ukrainische Regierung unter Präsident Selenskyj zu stürzen, ist längst zu einem brutalen Zermürbungskrieg geworden. Tagtäglich wächst die Zahl der Toten und Verletzten, kommt es zu schlimmen Verstümmelungen und Verletzungen, tagtäglich nehmen Elend und Zerstörungen zu, wachsen die Trümmfelder.

Im Fleischwolf des Krieges sterben auf beiden Seiten zahllose Soldaten im Kampf um wenige Meter Landgewinn. Nacht für Nacht muss sich die Bevölkerung vor Raketen- und Drohenhagel schützen. Das alles trifft, wie fast immer in Kriegen, in erster Linie Menschen aus sozial schwächeren Schichten. Und auch die Soldaten sind meist die Kinder armer Menschen – auf beiden Seiten.

Die Ukraine darf nicht länger das Opfer geopolitischer Interessen sein. Es muss alles getan werden, den Krieg schnell zu beenden. Dafür muss Europa endlich einen realistischen Friedensplan vorlegen und darüber auch mit Moskau reden, damit es zu ernsthaften Verhandlungen kommen kann.

Der israelische Verteidigungsminister **Mosche Dajan** vertrat die Einsicht:

„Wenn du Frieden willst, reicht es nicht mit deinen Freunden zu reden.

Wenn du Frieden willst, musst du mit deinem Feind reden.“

Wir haben nach intensiven Debatten im Bundesausschuss und auf dem Bundeskongress in Kaiserslautern mit großer Mehrheit unsere Meinung zum Krieg in der Ukraine festgelegt⁴. Doch die öffentliche Meinung wird leider durch eine falsche Alternative bestimmt:

- Entweder geht es um einen illusionären „Siegfrieden“, der durch die massive Aufrüstung militärischer Fähigkeiten der Ukraine erreicht werden soll, was ohne eine immer weitergehende Unterstützung des Westens und damit der NATO nicht möglich ist. Diese Eskalation kann den Westen tief in einen Krieg mit der Atommacht Russland hineinziehen.

⁴ Download Kongressbeschlüsse auf: www.naturfreunde.de/unsere-zeitenwende-fast-30-beschluessen

- Oder man wird als vermeintlicher Anhänger der Unterstützer Putins diffamiert.

Die erste Position ist historisch falsch, politisch naiv und geostrategisch gefährlich, die zweite Behauptung schlicht unanständig und polemisch. Uns, den NaturFreunden, geht es in erster Linie um Frieden. Das ist das Wichtigste für die Menschen, liegt im Interesse der Ukraine und Europas und setzt voraus, eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung anzustreben und darüber auch mit der politischen Führung Russlands zu verhandeln. Solange das nicht geschieht, sind wir über die weitere Entwicklung in der Ukraine tief besorgt.

Die Situation ähnelt fatal dem Sommer 1914, den der Historiker Christopher Clark als eine „Zeit der Schlafwandler“ beschrieb, weil die Unfähigkeit der europäischen Königshäuser zu Verhandlungen leichtfertig in den Ersten Weltkrieg geführt habe. Die Kriegsbereitschaft wurde gefördert und breitete sich aus. Kaiser Wilhelm II. gab nach dem Attentat auf den Thronfolger Franz Ferdinand an der Lateinerbrücke von Sarajewo der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn quasi einen Blankoscheck für den Angriff auf Serbien. Ausschlaggebend waren der Druck seiner Berater, die Kriegsbereitschaft der Politik und des Deutschen Kaisers sowie die Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung für ein neues „1871“. In jenem Jahr waren mit einer euphorischen nationalen Hochstimmung und einem tiefen Aufbruchsgefühl Frankreich besiegt und das Deutsche Kaiserreich ausgerufen worden. Eine derartige Unfähigkeit, einen Krieg zu vermeiden, darf sich nicht wiederholen.

Der Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands hat in zahlreichen Ortsgruppen und auf vielen Veranstaltungen unsere Position deutlich gemacht und dafür stets eine breite Zustimmung gefunden. Wir sind natürlich auch weiterhin bereit, über die wichtige Zukunftsfrage, wie Frieden geschaffen und gesichert werden kann, mit Mitgliedern und Interessierten zu diskutieren.

Wir rufen Ortsgruppen und Landesverbände auf: Ladet uns ein, gemeinsam mit euch zu diskutieren, denn der Friedensdiskurs ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Unsere Gesellschaft braucht die „Friedensfähigkeit“, nicht die „Kriegstüchtigkeit“.

Krieg ist immer falsch und zu verurteilen. Heute, wo Waffen massenhaft industriell produziert werden wie Panzer und Drohnen, Hyperschallraketen und Atomsprenköpfe, biologische und chemische Waffen, die eine unmenschliche Vernichtungskraft haben, gilt diese Einsicht umso mehr. **Albert Einstein** hatte Recht mit seiner Feststellung:

„Im Zeitalter der Atombomben darf es Krieg nicht mehr geben.“

Aber wer hört auf kluge Menschen, wenn scheinbar nur die schnelle Botschaft zählt? Wer beachtet die historischen Lehren, die uns aufgetragen sind? Der bereits zitierte Eric Hobsbawm sieht als eines der bedrohlichsten Phänomene, das sich seit Ende des letzten Jahrhunderts immer deutlicher eine Art „permanenter Gegenwart“ etabliert, in der sich die Menschen verfangen. Es scheine nur das Hier und Jetzt zu zählen und die sozialen Verbindungen zur Vergangenheit rissen ab. Damit gingen die Voraussetzungen verloren, ein „*historisches Bewusstsein*“ zu bewahren, zu pflegen und zu nutzen.

Was wir brauchen: Mut zur Mündigkeit

*„Nicht der Krieg, der Frieden ist der Ernstfall,
in dem wir uns alle zu bewähren haben,
weil es hinter dem Frieden keine Existenz mehr gibt.“*

Gustav Heinemann

Die zusammengewachsene Welt, die für eine gute Zukunft der Menschheit auf Gemeinsamkeit angewiesen ist, braucht den Friedensdiskurs. Das bleibt die Voraussetzung für eine erfolgreiche Friedens- und Entspannungspolitik, die in den 1970er-Jahren den Weg zur deutschen Einheit geebnet hat. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine hat sich die Welt rasant verändert, viele ungelöste Konflikte brechen auf, Fehlentwicklungen spitzen sich zu.

Wir brauchen dringend eine Weiterentwicklung der Friedens- und Entspannungspolitik in der heutigen Zeit tiefgreifender Umbrüche. Aber in unserem Land hat sich die Einstellung zur Friedens- und Entspannungspolitik grundlegend gedreht. Statt die Entspannungspolitik weiter zu entwickeln, wird die „Fähigkeit zur Kriegstüchtigkeit“ gefordert. Wir halten dagegen: Der Friedensdiskurs ist wichtiger denn je.

Zwei zentrale historische „Rucksäcke“ bestimmen unsere Haltung:

1. Das letzte Jahrhundert mit den beiden Weltkriegen war ein „Zeitalter der Extreme“. Wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit hat sich gezeigt, wie brutal, menschenverachtend und skrupellos Krieg, Großmachtideologie und Rassismus sind. In der Zeit des deutschen Nationalsozialismus wurden mehr als sechs Millionen europäischer Jüdinnen und Juden durch Gas, Kugel oder Strick ermordet. Das „Unternehmen Barbarossa“, der Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion, war der brutalste Vernichtungskrieg aller Zeiten. Gerade in der Ukraine mussten die Menschen einen hohen Blutzoll zahlen.
2. Seit der Zündung der Atombomben am 6. und 9. August 1945 über Hiroshima und Nagasaki ist die Sicherung der Welt und damit des Lebens von Mensch und Natur anders geworden, ein Atomkrieg kann nämlich das „Ende aller Dinge“ sein. Im Bericht der Palme-Kommission von 1982 heißt es: „Sicherheit kann nicht mehr vor dem Gegner, sondern nur noch mit dem Gegner erreicht werden. [...] Die Idee der Gemeinsamen Sicherheit weist den Weg der Vernunft.“ Das gilt auch heute, die Idee der gesamteuropäischen Sicherheit ist nicht überholt. Weltweit gibt es mehr als 12.000 Atomsprengköpfe, über fast 90 Prozent davon verfügen die USA und Russland.

Die Idee der Gemeinsamen Sicherheit weist den Weg politischer Vernunft. Im Atomzeitalter darf es keinen Krieg mehr geben. Die Welt ist auf Gemeinsamkeit angewiesen, um die großen sozialen und ökologischen Aufgaben zu bewältigen.

Mit dem Ukraine-Krieg ist die mühsam zwischen den USA und der UdSSR/Russland ausgehandelte internationale Rüstungskontrollarchitektur endgültig zusammengebrochen. Ein

neuer Militarismus bestimmt die Entwicklung, die Welt rüstet auf und verschwendet wertvolle Ressourcen, die für den Schutz der Menschen und Natur dringend gebraucht werden. Besonders alarmierend war im letzten Jahrzehnt die Aufkündigung des INF-Vertrages (Intermediate-Range-Nuclear-Forces), den Ronald Reagan und Michail Gorbatschow am 8. Dezember 1987 unterzeichnet hatten.

Der INF-Vertrag war ein Meilenstein für die Sicherheit in Europa. Mit ihm wurden mehr als 2.600 landgestützte Raketensysteme mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern verschrottet. US-Präsident Donald Trump kündigte im Oktober 2018 das Abkommen auf. Heute ist das gesamte, mühsam aufgebaute System der Rüstungskontrolle zusammengebrochen. Im Februar 2026 lief zudem der New-START-Vertrag aus, der die Zahl der Atomsprenghköpfe begrenzt hatte. Der Wahnsinn der atomaren Aufrüstung ist zurück.

Dabei hatte 1989 der Fall der Berliner Mauer und das Ende des in Ost und West geteilten Europas einzigartige Chancen eröffnet, um zu einer neuen Sicherheitsordnung „von Lissabon bis zum Ural“ zu kommen. Das folgende Jahr 1990 war, wie US-Präsident Franklin Delano Roosevelt es beschreiben würde, ein „Rendezvous mit dem Schicksal“. Europa hatte alle Chancen, zu einer neuen dauerhaften Friedensordnung zu kommen. Die nicht genutzten Grundlagen dafür wurden auch von der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) gelegt, die am 21. November 1990 auf einer Sonderkonferenz einstimmig die „Charta von Paris für ein neues Europa“ beschlossen hatte. Aber es überwog eine „Siegermentalität“, auch in Deutschland. Statt den Aufbau Ost mit dem Umbau West zu verbinden, kam es zu einer reinen Übertragung des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, obwohl der sozial-ökologische Reformbedarf offenkundig war.

Bundeskanzler Gerhard Schröder versuchte zusammen mit Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac die deutsch-französische Freundschaft zu einer Dreierbeziehung mit Russland auszubauen. Schröder hatte die strategische Bedeutung des ressourcenreichen Russlands für das Europa des 21. Jahrhunderts erkannt, zumal Wladimir Putin den Absturz Russlands in ein wirtschaftliches Chaos stoppen konnte, das von Boris Jelzin durch die radikale Übertragung des westlichen Marktsystems ohne „soziale Leitplanken“ verursacht worden war. Doch selbst in der EU gab es Widerstand gegen ein derartig „großes Europa“⁵, zumal auch der autoritäre Kurs in der russischen Innenpolitik oder der Krieg in Tschetschenien Anlässe für ein kritisches Unbehagen gegen Moskau lieferten.

Putin warb am 25. September 2001 im Deutschen Bundestag noch einmal für das „Gemeinsame Haus Europa“. Russland war damals, 14 Tage nach dem Terrorüberfall auf das World

⁵ Europa ist natürlich Gesamteuropa, das im Osten bis zum Uralgebirge/Uralfluss geht. Oft ist aber, wenn von Europa geredet wird, die Europäische Union (EU) gemeint. Das greift zu kurz. Da sind unter anderem Norwegen, Island, Schweiz, Großbritannien, Serbien und auch die Ukraine und Russland nicht erfasst.

Trade Center in New York, auch bereit, zusammen mit den USA den Kampf gegen die Terroristen aufzunehmen, was aber von US-Präsident George W. Bush abgelehnt wurde. Die neue Offenheit bekam einen ersten Knacks.

Spätestens seit 2008 spitzten sich die politischen Konflikte mit Russland auch sichtbar zu. In Bukarest wurde auf Druck der USA ein Aufnahmeverfahren zum NATO-Beitritt mit Georgien und der Ukraine beschlossen – trotz zahlreicher Bedenken europäischer NATO-Mitgliedsstaaten – allen voran von Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy.

Der Fall der Berliner Mauer und das Ende der Ost-West-Konfrontation hatten 1990 den europäischen Staaten alle Chancen eröffnet, ein „Gemeinsames Haus Europa“ zu errichten. Doch sie wurden vertan. Der Westen hatte „gesiegt“, das war es.

Die Osterweiterung des NATO-Bündnisses von 2008 „bis an die Türschwelle Russlands“ lieferte den Sprengstoff für den neuen Kalten Krieg. Die Konflikte eskalierten mit der Auseinandersetzung um die Unterzeichnung des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens, den Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen in den Oblasten der Ostukraine und der russischen Annexion der Krim. Im Vorfeld des Krieges versuchte Moskau mit einem angeblich nur besonders groß angelegten Manöver in Westrussland zu täuschen. Die ukrainischen Abwehrsysteme waren danach stärker als von der militärischen Führung in Moskau erwartet. Seitdem tobt in der Ukraine nun seit mehr als vier Jahren ein schrecklicher Zermürbungskrieg.

Der Krieg in der Ukraine hat nicht nur eine nationale und europäische Bedeutung, er beschleunigt auch den Bruch der alten Weltordnung. Die neue Machtpolitik in der zusammengewachsenen Welt schwächt das EU-Europa, verändert die Welt, die sich von West nach Ost verschiebt, löst eine neue Welle der Aufrüstung aus und erhöht nicht zuletzt das nukleare Risiko.

Die drei großen Nuklearmächte – USA, Russland und China – sind zu Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht bereit. Aber die seit den 1980er-Jahren mühsam aufgebaute Sicherheitsarchitektur, die in den letzten Jahren aufgekündigt wurde, muss neu aufgebaut werden. Das ist unsere Aufgabe, auch damit ein Vorbild für andere Kriegsregionen in der Welt geschaffen wird.

Europa und Deutschland brauchen einen Friedensdiskurs. Dafür setzen wir uns ein. Die Mehrheit der Bevölkerung will nicht, dass unser Land und die NATO immer tiefer in den Ukraine-Krieg hineingezogen werden, aber **das Spiel mit dem Feuer wird nicht gestoppt.**

Der Krieg geht vor allem zu Lasten der Menschen in der Ukraine, denn nirgendwo ist eine starke politische Kraft zu sehen, die für einen ehrlichen und dauerhaften Frieden in dem geplagten Land die Weichen stellt. Auch im 28-Punkte-Plan von US-Präsident Donald Trump mischen sich interessante Einzelpunkte mit knallharten amerikanischen Wirtschaftsinteressen, die für US-Präsident Trump immer großartige „Deals“ sind.

Unser politischer Imperativ heißt: Europa braucht für den gesamten Kontinent eine gemeinsame Sicherheitsordnung und ein starkes Selbstbewusstsein für eine Politik der Nachhaltigkeit. Dafür treten wir ein.

Doch Politik und Gesellschaft übernehmen immer deutlicher militärische Narrative, die meinungsprägend geworden sind. Sie begreifen Krieg als „normales Mittel“ der politischen Auseinandersetzung. Die Sicherheitsberater fordern einen „Mentalitätswechsel“ weg von der erfolgreichen Friedens- und Entspannungspolitik hin zu einer Ideologie „Frieden durch militärische Stärke“. Der Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ steht in einem strikten Gegensatz zu „Friedensfähigkeit“. Was noch vor wenigen Jahren zu Recht als „Militarisierung“ kritisiert worden wäre, ist heute aber fast alltäglich geworden. Dabei widerspricht Kriegstüchtigkeit sogar unserem Grundgesetz, das nämlich auf „Verteidigungsfähigkeit“ ausgerichtet ist, unvereinbar mit Militäreinsätzen zur Bewachung des Polarmeers oder des Pazifischen Raums.

In Artikel 87a des Grundgesetzes steht: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Die Alternative zu Hochrüstung und Konfrontation muss eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung sein, statt die Eskalation von Hochrüstung und Konfrontation voranzutreiben.

Friedenspolitik sucht den Dialog und begreift Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung als Instrumente einer Gemeinsamen Sicherheit. Das braucht den Mut, Kompromisse zu suchen, weil Konfrontation in die Katastrophe führen kann. Ein neuer Friedensdiskurs muss klarmachen, dass die Suche nach Kompromissen nicht Schwäche ist, sondern Ausdruck politischer Vernunft. Er muss zeigen, dass die menschlichen Opfer und gesellschaftlichen Kosten des Krieges untragbar sind.

Sapere aude heißt es in Immanuel Kants Aufsatz *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Diese Forderung des Philosophen, der das Denken revolutionierte, trifft auch für den Krieg in der Ukraine zu. Die europäische Welt hat sich in eine tiefe Sackgasse begeben, weil sie – zumindest bisher – nicht zu einer Friedenspolitik fähig ist, sondern, so die „Koalition der Willigen“ unter Führung von Friedrich Merz, Emmanuel Macron und Keir Starmer, auf einen Sieg über Russland hinarbeitet. Dadurch zeichnen sich verhängnisvolle Möglichkeiten immer deutlicher ab:

1. Die „Koalition der Willigen“ verfolgt das Ziel, den Druck auf Moskau so lange zu erhöhen, bis Putin aufgibt und Russland hohe Reparationsleistungen zahlen muss. Das widerspricht allen historischen Erfahrungen und hat neben der Verlängerung des Krieges auch weitreichende politische und finanzielle Kollateralschäden in der EU zur Folge. Warum haben deren Vertreter mit Putin nicht einmal gesprochen? Wie soll es, wenn mit ihm nicht geredet wird, zu Friedensverhandlungen kommen?
2. In Russland erhöht sich der politische Druck auch auf Putin, den Krieg zu verschärfen und noch härtere Waffen gegen die Ukraine einzusetzen. Die Eskalationsdynamik kann eine neue und für ganz Europa gefährliche Dimension annehmen.

3. Die NATO greift immer stärker zur Unterstützung der Ukraine in den Krieg ein. Insbesondere Deutschland tut hier viel. Damit wächst die Gefahr, dass daraus ein großer Krieg werden kann, was ein unabsehbares Risiko mit der Atommacht Russland darstellt.
4. Die sozialen, ökologischen und haushaltspolitischen Folgen der Militarisierung sind so gewaltig, dass die alte europäische Welt, die drastisch an weltpolitischer Bedeutung verliert, nachhaltig geschädigt werden kann. Das bedeutete national eine nicht mehr zu bremsende Unterstützung für den Durchbruch nationalistischer Parteien wie der AfD in Deutschland.
5. Russland wendet sich noch stärker von Europa ab und bildet eine immer engere Verbindung mit den BRICS-plus-Staaten und der Shanghai-Gruppe (SOZ), die schon heute eine Mehrheit der Weltbevölkerung stellen. Die Chance von 1990, zu einem starken Gesamt-europa in der Welt zu kommen, wurde nicht genutzt.

Die Folgen des Krieges in der Ukraine reichen weit über das Land hinaus und haben eine gewaltige Eskalationsdynamik. Auch das verpflichtet uns, sowohl die staatlichen und politischen Verbindungen wieder neu zu knüpfen als auch die Friedensbewegung zu stärken in Deutschland, in der EU, in der Ukraine und in Russland.

Die Ideologie: Frieden durch Hochrüstung

*„Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen,
oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.“*

John F. Kennedy

Seit dem Krieg in der Ukraine beschleunigen sich Hochrüstung und Militarisierung. Bundeskanzler Olaf Scholz nannte im Bundestag den russischen Angriff eine „Zeitenwende“. Die Zeitenwende, die wir heute erleben, reicht allerdings deutlich weiter zurück und geht auch weit über den Krieg hinaus. Wir erleben tektonische Verschiebungen in den globalen Machtverhältnissen, die sich seit Jahrzehnten aufbauten, deren politische, ökonomische wie militärische Dimensionen nun offen zutage treten und sich noch massiv verschärfen können. Ein herauszuhebendes Beispiel: Die Epoche der fordistisch-keynesianischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die mit den traditionellen Industriestrukturen und dem – wenn auch ungleichen – Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit verbunden war, ist offensichtlich vorbei. Nicht zuletzt haben wir es mit neuen globalen ökologischen Herausforderungen zu tun, die mit sozialen Verteilungskonflikten verbunden sind und von dem Zugriff auf strategische Ressourcen bis hin zur Klimakrise reichen.

Die wirtschaftlichen Machtzentren sind heute die großen Rechenzentren, die von den Interessen der US-Tech-Milliardäre bestimmt werden und eine gewerkschaftliche Gegenmacht nicht zulassen wollen.

Im Zentrum der politisch-militärischen Verschiebungen steht, wie es in der *Nationalen Sicherheitsstrategie 2025* (NSS 2025) heißt, die Befürchtung der USA um den Verlust der globalen amerikanischen Hegemonie. Hinzu kommen die Suche nach einer neuen weltpolitischen Rolle Russlands, dem größten Land der Erde, und der beispiellose Aufstieg Chinas von einem agrarisch geprägten Entwicklungsland zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt. China ist zu einer technologischen Führungsmacht geworden, die in zahlreichen Zukunftsbereichen die Vereinigten Staaten bereits eingeholt oder sogar überholt hat. Diese Entwicklung verändert auch die Grundlagen der internationalen Ordnung.

Nach dem Ende der Sowjetunion war es zu einer unipolaren Weltordnung, der Pax Americana, gekommen, an deren Stelle heute die Suche nach einer neuen multipolaren Ordnung getreten ist. Die USA wollen jetzt alles tun, ihre wirtschaftlich-technologische Kraft zu stärken, wobei die Künstliche Intelligenz (KI) eine zentrale Rolle einnimmt. Sie sehen darin die Voraussetzung, ihre militärische Macht zu bewahren. Den europäischen Staaten ist der NSS 2025 zufolge im westlichen Bündnis eine die USA wirtschaftlich und technologisch unterstützende Aufgabe zugeordnet. Sie sind also nicht mehr „partner in leadership“. Washington hat spätestens seit der Amtszeit von Präsident Barack Obama neue Prioritäten

gesetzt, was in der zweiten Amtszeit von Trump an dem geplanten Abzug von 5.000 Soldaten aus Deutschland deutlich wird. Eine Zukunftsvision, die eine Stärkung Europas einbezieht, haben die USA nicht.

In Europa ist die Antwort auf die geopolitischen Umbrüche eine Mischung aus militärischer Hochrüstung, trotzigem Ankündigungen und Anpassung an die westliche Führungsmacht USA. Es fehlt eine eigenständige Strategie für die Selbstbehauptung Europas.

Statt mit einem neuen Selbstbewusstsein auf die neue Großmachtpolitik zu reagieren, heißt heute die Ideologie der Europäer: Frieden durch Hochrüstung. Das hatten Deutschland und Frankreich beim Irak-Krieg von 2003 noch als falsch zurückgewiesen. Einige Fakten zu der Militarisierung der Politik:

- 2025 entfielen nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) rund 55 Prozent der weltweiten Militärausgaben auf die 32 NATO-Staaten. Die europäischen NATO-Staaten (außer Island) gaben 2025 bereits mindestens 2,1 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandprodukts (BIP) für Rüstung aus, Deutschland sogar 2,3 Prozent vom BIP.
- Die Ausgaben der europäischen NATO-Staaten und Kanadas lagen deutlich höher als die der Kriegswirtschaft Russlands 2025 und liegen immer noch 60 Prozent über denen von China.
- Bis spätestens 2035 sollen die Militärausgaben auf unfassbare fünf Prozent des BIP steigen, wovon 1,5 Prozent in die militärische Infrastruktur und Cybersicherheit gesteckt werden sollen.
- Deutschland erhöhte 2025 die Ausgaben SIPRI zufolge bereits auf fast 98 Milliarden Euro. Ohne Bereinigung um Inflation und Wechselkurseffekte wären es sogar 106,9 Milliarden Euro. SIPRI errechnete für Deutschland 114 Milliarden Dollar, ein Plus um 24 Prozent.
- Die Bundesregierung will 3,5 Prozent Militärausgaben bereits bis Ende 2029 erreicht haben und bis 2032 fünf Prozent.
- Weltweit wurde 2025 nach SIPRI die Rekordsumme von 2.887 Milliarden US-Dollar für das Militär ausgegeben, das elfte Jahr in Folge ein deutlicher Anstieg. Und so soll es weitergehen bis zum Jahr 2035.
- Nach den USA, China und Russland liegt Deutschland bereits auf Platz 4 dieser schaurigen Rangliste. Auffällig ist laut SIPRI, dass ein wachsender Teil nicht mehr direkt in den „Verteidigungsbudgets“ ausgewiesen wird, sondern unter anderen Haushaltstiteln „versteckt“ wird.
- Die Kriegswirtschaft Russlands erreichte 2025 rund 190 Milliarden Dollar, die der Ukraine durch massive ausländische Hilfe 84,5 Milliarden Dollar.
- Die NATO hat im Juli 2026 auf dem Gipfel in Ankara ein Volumen von 70 Milliarden Euro an Militärhilfe pro Jahr für die Ukraine vereinbart.

- Deutschland ist mit 55,5 Milliarden Euro seit Kriegsbeginn der zweitgrößte Geber nach den USA. Dabei ist zu beachten, dass die USA ein Teil ihrer Waffensysteme mit Leasing-Verträgen geliefert haben, deren Kosten überwiegend von der EU und dort schwerpunktmäßig von Deutschland bezahlt werden.

Wie pervers die Dimension und die Folgen der weltweit steigenden Rüstungsausgaben sind, belegen drei Beispiele:

- Über 80 Prozent der globalen Militärausgaben wurden 2024 von nur 15 Ländern aufgebracht, 75 Prozent von nur 10 Ländern.
- Allein die USA geben 2026 rund 900 Milliarden US-Dollar aus.
- Russland, USA und China investieren verstärkt in Atomwaffen, die USA gaben 2024 dabei rund 43 Milliarden Dollar aus. Neben den neun Atommächten versuchen weitere Länder in den Besitz nuklearer Sprengköpfe zu kommen.
- Etwa 670 Millionen Menschen (rund 8,2 Prozent der Weltbevölkerung) haben 2024 nach Angaben des UN-Welternährungsprogramms unter Hunger gelitten. 16,9 Milliarden US-Dollar würden nach Berechnungen ausreichen, die globale Hungerkrise zu stoppen. Das ist die Summe, die in nur 2,5 Tagen weltweit für das Militär ausgegeben wird.

NATO-Generalsekretär Mark Rutte, ein politischer Falke in der Sicherheitspolitik, heizt die Stimmung an. Er spricht von einer „Phase 0“, in der sich Europa auf einen bald anstehenden Krieg mit Russland vorbereiten müsse. Es ist fast wie die Suche nach einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Rutte malte die behauptete Kriegsgefahr derart gruselig aus, dass die Bürgerinnen und Bürger in seinem Heimatland Niederlande schlagartig ihre Bankkonten leeren wollten. Rutte ruderte zurück, um eine Bankenkrise zu verhindern.

Der Ukraine-Krieg hat die Welt wie nie zuvor seit der Kuba-Krise von 1962 so nah an den Rand eines großen Krieges geführt. Jede echte Friedensbereitschaft scheint zu fehlen, Europa droht in eine neue Katastrophe zu taumeln. Wo sind Aufklärung, Rationalität und Vernunft geblieben?

Der Ukraine-Krieg droht die Welt an den Rand einer Katastrophe zu führen. Die Fronten haben sich verschärft, obwohl US-Präsident Donald Trump versucht hat, Frieden in der Ukraine zu schaffen. Die europäischen Regierungschefs versuchten dagegen gar nicht erst, sich auf den amerikanischen Vorschlag einzulassen. Und auch nicht, sich in die Sicherheitsbefürchtungen Russlands zu versetzen. Man muss deren Sichtweise nicht teilen, aber sollte wenigstens begreifen, um was es Moskau geht. Man muss ernsthaft mit Russland reden, denn man kann keinen Krieg beenden, wenn nicht mit beiden Kriegsparteien gesprochen wird.

Russland wiederum hält atomare Sprengköpfe in Alarmbereitschaft und verweigert sich trotz hoher Opferzahlen und starker wirtschaftlicher Sanktionen dem geforderten Waffenstillstand. Kurz: Der Ukraine-Krieg fördert die Neuordnung der Welt und verhindert eine neue Kultur der Verständigung und Kooperation. Heute geht es allein um Macht, Einfluss und Vorherrschaft, das Völkerrecht wird an den Rand gedrängt.

Zur Brutalität der militärischen Übergriffe im Gazastreifen, Libanon und Iran wäre es möglicherweise ohne den „Tabu-Bruch“ des Ukraine-Kriegs nicht gekommen. Er hat jedenfalls Brandmauern eingerissen.

Umso mehr rächt sich, dass sich die „europäischen Leitstaaten“ Deutschland, Frankreich und Großbritannien unfähig erweisen, einen ernsthaften Friedensplan vorzulegen. Wir bestreiten nicht die Härte, auch nicht die Skrupellosigkeit, mit der Russland seine Interessen verfolgt. Dennoch: Warum

- versucht Europa nicht, die Leitideen der OSZE neu zu beleben?
- versucht es nicht, an die „Charta von Paris für ein Neues Europa“ anzuknüpfen?
- sucht die EU nicht die Hilfe von wichtigen BRICS-Staaten, die für und bei Friedensverhandlungen vermitteln könnten? Selbst Angebote von Brasilien oder China wurden nicht angenommen, zum Teil sogar als abwegig abgetan.
- wird nicht wenigstens der Versuch unternommen, einen neuen „Harmel-Bericht“⁶ zu erarbeiten, der in politischer Verantwortung einen neuen und zukunftsfähigen Zusammenhang zwischen Rüstung und Entspannung aufzeigt?

Die Rolle Europas ist fragwürdig. So gab es auf Vermittlung des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu schon am 10. März 2022 ein direktes Gespräch zwischen dem damaligen ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba und Russlands Außenminister Sergej Lawrow in Antalya, dem am 29. März Verhandlungen in Istanbul folgten. Die ukrainische Seite legte einen 10-Punkte-Plan vor, in dem sich das Land zu Neutralität und Verzicht auf einen NATO-Beitritt verpflichten wollte. Selenskyj hatte dem bereits öffentlich zugestimmt.

Doch der damalige britische Premierminister Boris Johnson äußerte bei seinem Besuch in Kiew Bedenken und sicherte Selenskyi die Lieferung schwerer Waffen zu. Das machte kurze Zeit später auch US-Verteidigungsminister Lloyd Austin bei seinem Treffen in der Ukraine. Zwar gingen die Verhandlungen trotz des Massakers von Butscha und der brutalen Kämpfe um Mariupol digital weiter, wurden aber nach der russischen Einnahme der Hafen- und Industriestadt am Schwarzen Meer abgebrochen. Der damalige Ministerpräsident Israels **Naftali Bennett**, der sich Anfang März 2022 um eine Vermittlerrolle bemüht hatte, kam nach Gesprächen mit Putin, Selenskyi, Johnson, Macron und Scholz zu der Bewertung:

„Ohne die westlichen Bedenken hätten die Chancen auf eine Einigung bei 50 zu 50 Prozent gelegen.“

⁶ Pierre Harmel war belgischer Regierungschef und Außenminister, durch dessen Initiative 1967 ein Bericht zur Lage und Strategie der NATO vorgelegt wurde. Er hat den Zusammenhang von Rüstung und Entspannung geprägt.

Kurz: Die Dominanz militärischer Deutungen blockiert, dass wichtige Fragen überhaupt gestellt werden, geschweige denn rational debattiert werden können. Dazu zählen:

- Will sich Russland wirklich militärisch mit europäischen NATO-Staaten anlegen?
- Warum gibt es keine ernsthaften Versuche, einen rationalen Austausch über die Kriegsursachen zu führen?
- Warum versuchen die Europäer nicht, die Ideen der „Charta von Paris für ein neues Europa“ neu zu beleben?
- Welche Folgen hat die Militarisierung für die innere Verfasstheit unserer Gesellschaft, für die Demokratie und Kultur und für die EU?
- Was bedeutet die expansive Erhöhung der Militärausgaben für die soziale, ökologische und kulturelle Handlungsfähigkeit unseres Landes und die Erneuerung der Infrastruktur und für den Wohnungsbau?
- Weshalb werden die „europäischen Leitideen“ für eine friedliche und kooperative Weltinnenpolitik – Nord-Süd-Solidarität, Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit – so wenig aufgegriffen?
- Welche Gesellschaftsschichten tragen in erster Linie die finanziellen und sozialen Lasten für die Dominanz des Militärischen über die Diplomatie?
- Vergrößern sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich?

Notwendig sind ein „Einfrieren“ des Krieges und schnellstmögliche Verhandlungen, um zu Frieden in der Ukraine zu kommen und eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Folgende Wege bieten sich an, die Europa wieder stärken und der EU neue Bedeutung geben:

- Deutschland sollte in Abstimmung mit Frankreich und Großbritannien und weiteren europäischen Staaten einen realistischen Friedensplan vorlegen und dafür die Vermittlung eines BRICS-Staates suchen, der für Russland hohe Bedeutung hat.
- Eine Initiative zur Neubelebung der „Charta von Paris für ein neues Europa“ sollte eingeleitet werden.
- Ein neuer „Harmel-Bericht“, der den Zusammenhang zwischen Sicherheit, Entspannung und Rüstungskontrolle aufzeigt und dafür Verhandlungsvorschläge macht, sollte erstellt werden.
- Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften von Russland und der Ukraine unterhalb der offiziellen Führungsebenen sollten ausgebaut werden.
- Ein Bündnis der Mittelmächte sollte aufgebaut und die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Weltregionen gesucht werden.

Es wäre falsch, die Ursachen des Krieges auf die Rolle des russischen Staatspräsidenten Putin zu reduzieren. Auch Selenskyi ist in der Ukraine nicht unumstritten. Hinter dem Krieg stehen tiefergehende Konflikte, die für eine Friedenslösung berücksichtigt und aufgearbeitet werden müssen. Doch diese Ursachen und Zusammenhänge werden verdrängt. So spitzt sich die Militarisierung in der internationalen Politik zu, in Deutschland in drei Punkten:

1. Die seit einiger Zeit vom Pentagon geplante, fast beiläufig am Rande des NATO-Gipfels 2024 in Washington zwischen den USA und Deutschland vereinbarte und kürzlich von Präsident Trump wieder abgesagte Stationierung von drei verschiedenen Systemen amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland:
 - SM-6-Raketen,
 - Tomahawk-Marschflugkörper sowie
 - Dark-Eagle-Hyperschallraketen, die vergleichbar der russischen Oreschnik-Rakete in Wellenbewegungen mit Mach-8-Geschwindigkeit bis zu 3.500 Kilometer weit fliegen können und nur weltraumgestützt zu erkennen sind.

Jetzt sollen die Europäer selbst für ihre Verteidigungsfähigkeit sorgen und derartige Stationierungen vornehmen. Deshalb will die Bundeswehr zumindest Tomahawks kaufen.

Die Dark Eagle ist faktisch eine Erstschlagwaffe, deren Zielgenauigkeit geeignet ist, die gegnerische Infrastruktur frühzeitig auszuschalten. Die Dark Eagle verschärft den Druck auf die Gegenseite, die eigene Waffe als erste Waffe einzusetzen, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, dass der eigene Standort zerstört wird. Die logistische Zentrale hat nämlich eine entscheidende Bedeutung für die Fähigkeit zur Kriegsführung.

In Situationen hoher Spannung bleibt für politische Entscheidungen operativ kaum noch Spielraum. Die bloße Möglichkeit einer nuklearen Bewaffnung der Dark Eagle löst beim Gegner Worst-Case-Annahmen aus, was wiederum das Risiko von Fehlinterpretationen erhöht. Die Verfügung über in Deutschland stationierte Raketen und Marschflugkörper hätte allein der amerikanische Präsident.

Das muss in einem Zusammenhang mit der Neuausrichtung der US-Army gesehen werden, die mit Hilfe von fünf Multi-Domain-Task-Forces (MDTF) zu einer engen, KI-gestützten Verzahnung unterschiedlicher Militärdimensionen führt. Das logistische Zentrum für Militäreinsätze in Europa und den Ländern des Nahen Ostens ist Wiesbaden. Dort entsteht eines der fünf MDTF-Zentren. Die Planungen der USA wurden nicht verschoben, auch wenn sich die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Richtung China verlagert.

2. Die Anhebung der Militärausgaben auf insgesamt fünf Prozent des BIP, wovon 3,5 Prozent bis Ende 2029 in die Armee gehen sollen und 1,5 Prozent in den Ausbau der militärischen Infrastruktur (Resilienz durch Infrastrukturschutz, Cybersicherheit und für Bundeswehr/NATO nutzbare Straßen). Die Bundesregierung spielt dabei den Musterschüler und will die fünf Prozent bereits 2032 erreicht haben.

Unter Einbeziehung von Zinsen und Tilgung, Wechselkurseffekten sowie Inflation entfallen dann – konservativ gerechnet – mindestens 260 Milliarden Euro auf Militärausgaben. Zum Vergleich: Der Haushalt 2026 umfasst 526 Milliarden Euro (circa 620 Milliarden Dollar). Und die Verschuldung wird drastisch steigen. Die Haushaltsplanung für 2027 liegt bei rund 555 Milliarden Euro, dafür sollen circa 204 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen werden. Die Militärausgaben sind auf rund 124 Milliarden Euro angesetzt.

Der Handlungsspielraum der öffentlichen Hand wird geringer. In der Folge sind massive Verteilungskonflikte zu Lasten sozialer, ökologischer, infrastruktureller Maßnahmen und Wohnungsbau zu erwarten sowie erhebliche Kürzungen und Einsparungen in Bildung, Kultur und Wissenschaft. Die Lebensqualität der Bevölkerung wird sich verschlechtern und den Unterschied zwischen Arm und Reich vertiefen.

Das Ziel, die stärkste konventionelle Armee in Europa aufzubauen, macht Deutschland zu einer erstrangigen militärischen Zielscheibe, auch wegen der Einrichtung des MDTF in Wiesbaden.

3. Das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz regelt die Wiedereinführung der (zumindest vorerst noch) freiwilligen Wehrpflicht. Der Bundesverteidigungsminister hat für die Stärke der Bundeswehr und Reservisten Zielzahlen vorgegeben, die – wenn sie nicht über die Freiwilligkeit erreicht werden – ihm weitergehende Schritte ermöglicht, wobei Kritiker auch eine gesetzliche Wehrpflicht nicht ausschließen.

Als Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 im Bundestag von einer „Zeitenwende“ sprach, ging es vordergründig um Aufrüstung der Bundeswehr und eine Aufhebung des Kriegswaffenexport-Verbots für die Ukraine. Die Planungen weisen darauf hin, dass das längst nicht alles ist. Wir stehen vor tiefergehenden Herausforderungen, die auch mit dem Ukraine-Krieg deutlicher wurden. **Olaf Scholz** sagte:

„Die Welt danach wird nicht mehr so sein wie die Welt davor.“

Ganz Europa ist von dem Krieg betroffen, nicht nur geografisch, sondern auch politisch, wirtschaftlich, ökologisch und kulturell. Im Kern betreffen die Konflikte, die mit dem Ukraine-Krieg zum Ausbruch gekommen sind, die europäische Eigenständigkeit und den inneren Zusammenhalt Europas, wobei Deutschland eine zentrale Rolle spielt.

Insofern ist es notwendig, genauer auf die „deutsche Frage“ zu schauen.

Der Blick zurück: Die „deutsche Frage“

*„Frieden muss gestiftet werden,
er kommt nicht von allein.“*

Immanuel Kant

Von der 1990 proklamierten europäischen Friedensordnung von Lissabon bis zum Ural scheint sich Europa in den letzten zehn Jahren endgültig verabschiedet zu haben. Die „deutsche Frage“ wird in neuer Form wiederentdeckt⁷. Deutschland solle wieder Führung übernehmen, wirtschaftlich sowieso, aber nun auch militärisch. Vergessen scheint, dass 1990 die Lösung der deutschen und europäischen Einheit gerade darin bestand, dass das wieder vereinte Deutschland wirtschaftlich in Europa integriert und militärisch fest in der NATO eingebunden bleibt. So wollten es eingedenk der historischen Erfahrungen unsere Nachbarn und Partner. Im **Zwei-plus-Vier-Vertrag** versprachen wir, woran wir uns heute nur schwer zu erinnern scheinen:

„... von deutschem Boden (wird) nur Frieden ausgehen.“

Keine Atomwaffen, Obergrenzen für deutsche Streitkräfte. Soll dieses Selbstverständnis der deutschen Einheit nicht mehr gelten, weil es nunmehr heißt:

„Mehr für das Militär ausgeben und mehr Waffen produzieren.“

So jedenfalls fordert es NATO-Generalsekretär **Mark Rutte**, so handeln viele Regierungen in Europa. Das ist nun beschlossen. Deutschland gab 2025 für Verteidigung mehr aus als jedes andere Land in der EU. Bis 2029 sollen die Militärausgaben auf 189 Milliarden US-Dollar steigen, das Dreifache gegenüber 2022. Bereits Ende 2029 sollen 3,5 Prozent und bis 2032 insgesamt fünf Prozent vom BIP für das Militär und für die militärische Infrastruktur bereitgestellt werden. Deutschland ist auf dem Weg, wieder eine militärische Großmacht zu werden. Wer will das? Die Fragen heißen:

- Welche Kosten sind damit verbunden?
- Und welche Folgen wird das haben? Nicht nur finanziell, wirtschaftlich und sozial, sondern auch politisch?
- Wird Europa durch die Aufrüstung Deutschlands stärker gespalten als geeint?
- Was bedeutet das nach den historischen Erfahrungen für Frankreich und Polen?

⁷ Der Text dieses Kapitels greift die Arbeit von Dr. Hans Misselwitz auf, der 1990 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt der DDR an der Aushandlung des Zwei-plus-Vier-Vertrages intensiv beteiligt war. Siehe Erler/Stegner: *Gemeinsame Sicherheit*, erschienen bei WESTEND.

- Was wird sein, wenn Deutschland auf dem Kurs von neuer nationaler Stärke und europäischer Dominanz der AfD anheimfällt, die diese Infrastruktur für ihre ideologischen Interessen nutzen könnte?

Diese Fragen und Besorgnisse sind nicht aus der Luft gegriffen. Es geht um vermutlich nicht intendierte, aber reale Folgen der Zeitenwende in Deutschland und Europa. Auch im Verhältnis zu 1990, als noch das Gegenteil verkündet wurde.

Im Jahr 1990 bestimmte statt der Einheit Europas die Zukunft der „deutschen Frage“ den europäischen Einigungsprozess. Wo steht Deutschland heute? Will es auch heute noch eine gesamteuropäische Friedensordnung?

* * * * *

Als 1989 die „deutsche Frage“ wieder auf die europäische Tagesordnung kam, galt, dass deren Lösung eine gesamteuropäische Friedensordnung voraussetzt. Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** erklärte im September 1989 vor der UN-Vollversammlung: Die Bundesrepublik sehe

„in der europäischen Friedensordnung auch den Rahmen [...], in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

Tatsächlich kam es bei den Verhandlungen zu einer umgekehrten Reihenfolge: Die „deutsche Frage“ bestimmte den europäischen Prozess. Das hieß: Die deutsche Einheit durfte vor allem aus Sicht Frankreichs und Großbritanniens die Stabilität Europas nicht in Frage stellen.

Formell lag die „deutsche Frage“ seit 1945 bei den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Frankreich teilte mit Großbritannien die Sorge vor einem deutschen Übergewicht in Europa. Noch 1990 äußerte **Margaret Thatcher** in einem Gespräch mit Michail Gorbatschow den Vorbehalt, dass Großbritannien nicht an der Vereinigung Deutschlands interessiert sei:

„Sie würde die Nachkriegsgrenzen verschieben und das können wir nicht zulassen, weil eine solche Entwicklung die Stabilität der gesamten internationalen Situation unterminieren würde.“

Auch Frankreichs Präsident **François Mitterand** bekräftigte gegenüber Gorbatschow:

„Die deutsche Frage darf nicht den europäischen Prozess bestimmen, sondern umgekehrt.“

Das entsprach damals der Position der meisten europäischen Nachbarn und auch der politischen Führung der UdSSR, wenn auch aus höchst unterschiedlichen Gründen. Gorbatschow sah in der Lösung der deutschen Frage eine historische Chance für seine Vision von einem

„Gemeinsamen europäischen Haus“. Die Einbindung der Sowjetunion in den Entscheidungsprozess konnte ein Hebel sein, die Tür nach Europa zu öffnen. Für die USA waren diese Ambitionen Gorbatschows eine Herausforderung, weil sie gerade darin eine Bedrohung ihrer militärischen Interessen in Europa sahen. Die „deutsche Frage“ wurde deshalb von US-Präsident George H. W. Bush als willkommene Gelegenheit gesehen, Gorbatschows Vorstoß einzudämmen.

Die USA sahen nämlich in entgegengesetzter Richtung in der Lösung der „deutschen Frage“ einen Schlüssel für die künftige Ordnung Europas. Ging es für Moskau darum, den Status quo zu überwinden, um eine stärkere Anbindung an Europa zu erreichen, wollten die USA den Status quo sichern, um ihren breiten Fuß in Deutschland und Europa zu behalten – gegen die Sowjetunion beziehungsweise Russland. Konkreter formulierte es **Condoleezza Rice**, die spätere Außenministerin der USA:

„Es ist richtig, dass die USA tatsächlich nur eine Sorge hatten, diejenige nämlich, dass die Wiedervereinigung Deutschlands die NATO zerstören könnte.“

Die USA sahen 1990 in einer von der KSZE ausgerichteten und auch von den neuen Demokratien in Osteuropa getragenen Friedenskonferenz die Gefahr, dass dies der Stärke der NATO und damit der Stärke der USA in Europa entgegenlaufen könne. Sie wollten ihre Interessen sichern, statt die Kraft Europas stärken. Daher drängten sie die westlichen Partner, Mitte Februar 1990 in Ottawa ein Format für eine schnelle Lösung in ihrem Interesse zu finden. Es hieß „Zwei-plus-Vier“ – die vier Siegermächte und die beiden deutschen Staaten – was den Widerspruch insbesondere von Polen erregte. Doch die USA kamen zu der Einschätzung, dass ein beschleunigter Vereinigungsprozess die Möglichkeit, ihm Steine in den Weg zu legen, nur minimieren konnte. Darunter verstand man in Washington die Gefahr, dass der Einigungsprozess in völlig unkalkulierbare Richtungen führen konnte, etwa zu einer internationalen Friedenskonferenz.

Die Deutschen dürften nicht vor die Alternative gestellt werden, zwischen NATO und Einheit wählen zu müssen, so **Hans-Dietrich Genscher** am 30. Januar 1990 in der Evangelischen Akademie Tutzing. Der Bundesaußenminister legte deshalb einen Kompromiss in der NATO-Frage vor. Das vereinte Deutschland solle Mitglied der NATO bleiben, aber

„eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten [...] näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben.“

Mit dieser Formel, dass bei einer Einbindung Deutschlands die NATO „keinen Zentimeter“ ostwärts verschoben würde, konnte US-Außenminister James Baker am 9. Februar 1990 Gorbatschows Zustimmung erhalten. Das Schlüsselargument lieferte Baker selbst: Die NATO sei die beste Rückversicherung vor einem erneut mächtigen Deutschland – quasi der Sicherheitsgarant vor Deutschland.

Zur „deutschen Frage“ gehören für die Sowjetunion die bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. UdSSR-Außenminister **Eduard Schewardnadse** stellte vor diesem Hintergrund beim Besuch im NATO-Hauptquartier in Brüssel Ende 1989 die Frage:

„Wo sind die politischen, rechtlichen und materiellen Garantien, dass die deutsche Einheit auf lange Sicht keine Bedrohung für die nationale Sicherheit anderer Staaten und für den Frieden in Europa werden kann?“

Die NATO-Einbindung Deutschlands entsprach somit gewissermaßen in neuer Form der ursprünglichen Bestimmung der NATO, wie sie **Lord Ismay**, der von 1952 bis 1957 der erste NATO-Generalsekretär war, angeblich formuliert hatte:

„Keep Americans in, Germans down and Russians out.“

Das Verbleiben Deutschlands in der NATO, dem Gorbatschow Ende Mai 1990 in Washington öffentlich zustimmte, war an den Kompromiss einer „NATO light“ gebunden, was zum Modell für den NATO-Beitritt osteuropäischer Staaten und ab Mitte der 1990er-Jahre zum Dreh- und Angelpunkt der Kontroverse zwischen Russland und dem Westen wurde. Für Russland hatte die NATO dagegen keine Eintrittskarte übrig. Die im Mai 1997 beschlossene *NATO-Russland-Grundakte* und das Konsultationsgremium NATO-Russland-Rat (ab 2002) sollten Ersatz dafür sein.

Das Verbleiben Deutschlands in der NATO war gebunden an die Frage, die mit ihrer Ausdehnung nach Osten zum Dreh- und Angelpunkt für den Konflikt mit Russland wurde. Eine Debatte auf Augenhöhe gab es mit Russland nicht.

Der NATO-Russland-Rat eröffnete keine Chance für eine wirksame Einflussnahme, er war schon gar nicht ein Äquivalent zu einer – wenn auch nur – politischen Integration Russlands in die Gremien der NATO. Im NATO-Russland-Rat sitzt Moskau, ohne dessen Entscheidungen mitbestimmen zu können. In der *NATO-Russland-Grundakte* gab Russland sich mit einer Erklärung des Nichtvorrückens von militärischen Strukturen der NATO nach dem Vorbild der deutschen Regelung von 1990 zufrieden, die bei einer veränderten Sicherheitslage widerrufen werden kann.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag legte in Artikel 1 die Grenzen des vereinten Deutschlands und ausdrücklich den endgültigen Charakter der Grenze zu Polen fest. Die überragende Bedeutung des Vertrages liegt in den Artikeln 2 bis 5, in denen Regelungen für den künftigen friedens- und sicherheitspolitischen Status des vereinten Deutschlands festgehalten sind.

- Ausdrücklich wird in Art. 2 auf die im Grundgesetz verankerte Friedenspflicht verwiesen, dazu das Verbot zur Führung eines Angriffskrieges (Art. 26) und das Verbot des Einsatzes seiner Waffen im Widerspruch zu seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.
- Art. 3 bekräftigt das Bekenntnis zum Verzicht auf Herstellung, Besitz und Anwendung von Massenvernichtungswaffen und legt Obergrenzen der deutschen Streitkräfte fest.

- Artikel 4 und 5 regeln Fragen in Verbindung mit dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte und abschließend, dass deutsche Streitkräfte, die der NATO unterstellt sind, zwar auf das ehemalige Gebiet der DDR vorrücken dürfen, aber dort keine ausländischen und weder Kernwaffen noch Kernwaffenträger stationiert werden dürfen. Somit wurde eine atomwaffenfreie Zone in Deutschland geschaffen.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag hat dem vereinten Deutschland eine außen- und sicherheitspolitische Verfassung gegeben, die dem Ziel der Alliierten, in Europa eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen, dienen sollte. Es ist ein Vertrag, der Sicherheit für Deutschland gibt und „Sicherheit vor Deutschland“ garantiert. Das wird heute übersehen: Für die deutsche Politik gab die 1990 am Schnittpunkt zwischen Nachkriegs- und Friedensordnung getroffene zweifache „Erdung“ der „deutschen Frage“ eine klare Orientierung.

- Einerseits indem durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag die Souveränität des Landes mit der in seiner Verfassung verankerten Zusage, dem „Frieden in der Welt zu dienen“ und seine militärischen Fähigkeiten konkret zu begrenzen, gesichert und eine Re-Militarisierung ausgeschlossen werden soll.
- Andererseits indem er die Zustimmung zur Einbindung Deutschlands in die Bündnisstrukturen indirekt zum Ausdruck bringt, die dem gemeinsamen Interesse der „Sicherheit für und vor Deutschland“ dienen.

Heute geht es darum, ob das noch gilt und wenn nicht, was für Konsequenzen das hat. Lange bevor deutlich erkennbar war, was dieses Ringen für Russland konkret bedeutet, erkannte **George Kennan**, früherer amerikanischer Diplomat und ausgewiesener Kenner Russlands, schon 1997 ebenso ernüchternd wie zutreffend in der *New York Times*:

„Die NATO-Osterweiterung ist der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg“. Diese Entscheidung lasse erwarten, „dass die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Meinung entzündet werden.“

Jetzt stehen sich in der Ukraine, die um ihre staatliche Existenz kämpft, indirekt Ost und West und damit auch die beiden atomaren Supermächte gegenüber. Das ist die globale Dimension eines Krieges, der zwischen den USA und Russland vermieden werden muss. Bei dem Krieg geht es auch um die neue Weltordnung, um Einfluss, Dominanz und Vorherrschaft in unterschiedlichen Regionen der Welt. Dieses Ringen entlädt sich auch militärisch-gewaltsam. Ein anderes Wort für Einfluss, Dominanz oder Vorherrschaft ist Macht. Auch **Bundeskanzler Merz** spricht von Macht. Deutschland und Europa müssen wieder

„die Sprache der Machtpolitik lernen und sich zu einer europäischen Macht entwickeln“.

Rolf Mützenich, der frühere Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, bezweifelt, ob der Begriff der „Machtpolitik“ vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und des erklärten

Willens, zur stärksten konventionellen Streitmacht in Europa zu werden, wirklich angemessen ist:

„Wir müssen nüchtern anerkennen, dass die Großmächte derzeit zunehmend auf rohe Machtpolitik und das Denken in Einflusszonen setzen. Gleichwohl bleiben gemeinsame Regeln, offener Handel und kooperativer Multilateralismus für viele Staaten dieser Welt keine überholten Konzepte vergangener Zeiten, sondern zentrale Voraussetzungen für Stabilität, Sicherheit und Wohlstand.“

Für ganz Europa ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine eine Tragödie. Das Projekt einer gesamteuropäischen Friedensordnung ist gescheitert: Von Russland aufgegeben und gebrochen, von anderen nicht gewollt und am Fehlen von Vereinbarungen zerschellt, die politisch umfassend, rechtlich verbindlich, strukturell und finanziell untersetzt ihren Bestand ermöglichen sollten. Jede Nachfrage nach den Ursachen bleibt aus oder wird angesichts des Krieges als unangemessen abgetan. Aber es ist bitter nötig, Klarheit zu haben, denn ohne Kenntnis der jeweiligen Motive und Vorstellungen der beiden Seiten und der gemeinsamen geschichtlichen Verantwortung wird es keinen Neuanfang geben.

Wenn Bundeskanzler Merz davon spricht, „Deutschland muss wieder die Sprache der Machtpolitik lernen“, bringt er unser Land auf eine schiefe Bahn. Deutschlands Stärke muss die Friedens- und Entspannungspolitik sein. Europa muss sich auch gegenüber den USA emanzipieren.

Russland lastet bis heute dem Westen, insbesondere den EU-Staaten an, mit der Ausdehnung der NATO nach Osten die sicherheitspolitischen Versprechen nicht eingehalten zu haben. Das bestreitet der Westen, obwohl der Weg der neuen osteuropäischen Staaten in die Europäische Union faktisch über den NATO-Beitritt ging. Wer hat recht? Die OSZE kam in einer von ihr im Jahr 2016 initiierten Studie zum Ergebnis:

Der Streit über ein Versprechen einer Nicht-Ausdehnung der NATO kann nicht entschieden werden. Wohl wurde von den westlichen Staatschefs militärische Zurückhaltung versprochen, aber schnell wurde der Geist der kooperativen Sicherheit für eine „inklusive und kooperative europäische Sicherheitsordnung“ wieder gebrochen.

Dem Westen lag zu keiner Zeit daran, Russland gleichberechtigt einzubinden und der OSZE die Mittel für eine Krisenbearbeitung bereitzustellen. Die Bedingungen sind heute nur noch wenig ermutigend, denn die Entfremdung ist weit gediehen und das Misstrauen sitzt tief.

Was folgt daraus:

- Die vier bisherigen Säulen der vormals westdeutschen, heute gesamtdeutschen Außenpolitik (Westbindung, europäische Integration, Bekenntnis zum Völkerrecht und Ostpolitik) sind neu zu definieren.
- Es muss geklärt werden, was es bedeutet, „dem Frieden in der Welt zu dienen“.

- Als Grundlage deutscher Außen- und Sicherheitspolitik muss bleiben, dass Deutschland seine Waffen nur „in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen“ einsetzen wird.

Dazu muss geklärt werden, was gegenwärtig unklar, widersprüchlich oder riskant ist:

- Die militärische Abschreckung, die seit dem Krieg in der Ukraine zum zentralen Element deutscher Sicherheitspolitik (vorübergehend?) erklärt wurde. Friedenspolitik ist damit eine offene Leerstelle, was schwerwiegende Folgen haben kann.
- Die unklare Haltung zum Völkerrecht, die unter den sicherheitspolitischen Abhängigkeiten von den USA mit zweierlei Maß misst und so an Glaubwürdigkeit verliert.
- Der Bedeutungsverlust des bisherigen Wegs zwischen Westbindung und ausgleichender Ostpolitik, weil von Deutschland die militärische Führung in Europa angestrebt wird.
- Der Umgang mit dem Vertrauensvorschuss auf ein System Gemeinsamer Sicherheit. Das gab Deutschland eine besondere Stellung zwischen Ost und West, die es neu ausfüllen muss. Für eine Strategie der friedlichen Koexistenz mit Russland ist Deutschland unerlässlich.

Auf jeden Fall müssen die Zusammenhänge gesehen werden, um einen Weg zum Frieden zu finden.

Die Folgen: Soziale Verteilungskonflikte

„Der Frieden ist das Meisterstück der Vernunft.“

Immanuel Kant

Der Fünf-Prozent-Beschluss der NATO

Die NATO hat auf ihrem Gipfeltreffen am 24. und 25. Juni 2025 in Den Haag beschlossen, dass die Verteidigungsausgaben in den Mitgliedsländern im Sinne der NATO-Definition auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen sollen und zusätzlich 1,5 Prozent für weitere sicherheitsrelevante Bereiche wie Schutz der Infrastruktur und des Cyberraums oder den Ausbau von militärisch nutzbaren Verkehrswegen und Brücken auszugeben sind. Zusammen sind das fünf Prozent. Dieser Zielwert soll in Deutschland laut Verteidigungsminister Pistorius vor dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages sogar schon Ende 2029 und insgesamt bis 2032 erreicht werden⁸.

Mit diesem Beschluss kommen die NATO-Staaten einer seitens der USA geforderten massiven Erhöhung der Rüstungsausgaben nach, die Präsident Trump ohne weitere Begründung aufgestellt hat. Die 3,5 Prozent-Zielmarke für Verteidigungsausgaben scheint in etwa kompatibel zu sein mit den Minimum Capability Requirements (MCR) für die NATO-Staaten in Europa insgesamt, also inklusive der Truppenentsendung der USA. Diese militärischen „Fähigkeitsziele“ werden von strategischen Kommandos formuliert, die US-dominiert sind. Das geschah zuletzt kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022. Der (angebliche) Bedarf wurde auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt. Deutschland übernimmt traditionell zehn Prozent. Definiert ist der Bedarf in zusätzlichen Einheiten, Flugzeugen, Schiffen und Sonstigem. Bei dem Treffen der NATO-Verteidigungsminister geschah das anscheinend im Konsens, also mit Zustimmung Deutschlands. Wie jedes andere NATO-Mitglied hätte unser Land ein Veto-Recht gehabt. Doch dieses Ziel wurde übernommen durch einen Blankoscheck im **Koalitionsvertrag der schwarz-roten Koalition**:

„Die Höhe unserer Verteidigungsausgaben richtet sich nach den in der NATO gemeinsam vereinbarten Fähigkeitszielen.“

Verteidigungsminister Boris Pistorius hat mit seiner freihändigen Zustimmung Ausgaben im Haushaltswert von rund 300 Milliarden Euro „politisch“ zugesagt. Dass es auch anders geht, zeigt Spanien. Ministerpräsident Pedro Sánchez hatte im Vorfeld des NATO-Gipfels deutlich gemacht, dass er dem Fünf-Prozent-Ziel nicht zustimmen wird. Er würde die Opt-out-Klausel

⁸ Wir nehmen hier Bezug auf einen Aufsatz von Heinz Stapf-Finé und Hans-Jochen Luhmann in Erler/Stegner: *Zur Gemeinsamen Sicherheit*, erschienen bei WESTEND.

in Anspruch nehmen und für sein Land lediglich 2,1 Prozent am BIP zusagen. Spaniens Sonderweg wurde akzeptiert.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Eckwerte sehen für den Verteidigungshaushalt – inklusive Sondervermögen – einen Zuwachs von rund 108 Milliarden Euro im Jahr 2026 auf 124 Milliarden Euro im Haushaltsplan 2027 bis auf 153 Milliarden Euro im Jahr 2029 vor.

SIPRI geht in seinen Berechnungen sogar von noch höheren Ausgaben in Deutschland aus.

* * * * *

Deutschland rutscht durch die Militarisierung der Politik und die angebliche Bedrohungslage in Europa in die Schuldenfalle. Je länger der Krieg dauert, desto höher werden die Rüstungsausgaben und mit den Folgen die Kollateralschäden auch in unserem Land.

Zur Finanzierung des Bundeshaushalts werden 2026 Schulden in Höhe von 89,9 Milliarden Euro gemacht, hinzu kommen die Schulden für die Sondervermögen Infrastruktur, Klima- und Umweltschutz sowie Bundeswehr von 84,4 Milliarden Euro. Einsparungen sind vorgesehen im Budget der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und beim Bürgergeld. Das ist umstritten und reicht bei weitem nicht aus, auch wenn zusätzlich eine neue Abgabe auf Zucker und Plastik erhoben werden soll. Für 2027 ist eine Verschuldung von insgesamt 204 Milliarden Euro vorgesehen.

Deutschlands Verschuldung ist nicht nur durch die nationale Schuldenbremse begrenzt, die für Militärausgaben durch den Bundestag aufgehoben wurde, sondern auch durch die im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) der EU. Mit der Aufweichung der nationalen Schuldenbegrenzung wird sie zur harten Grenze, was von der Politik in Deutschland massive Einsparungen und Kürzungen verlangen wird. Die Politik der regierenden Koalition versucht, diesen Zwang weitgehend zu verbergen. Das „dicke Ende“ kommt aber, auch wenn die Bundesregierung bemüht ist, die Aufdeckung des massiven Konsolidierungsbedarfs auf die Nachfolgeregierung zu verschieben.

Der Stabilitätsrat, der seit 2010 die Nachfolge des Finanzplanungsrates angetreten hat, verfolgt die Aufgabe, eine gesamtstaatliche Fiskalprojektion für die Jahre 2025 bis 2029 vorzulegen. Danach lag die gesamtstaatliche Defizitquote des BIP im Jahre 2025 bei 2,7 Prozent und wird bis Jahresende 2026 auf 4,75 Prozent ansteigen. Der **Stabilitätsrat** spricht deshalb von

„extrem hohen Handlungsbedarfen bei Bund und Ländern“.

Das ist nichts anderes als eine Umschreibung für massive Leistungskürzungen.

Doch selbst wenn sie vollzogen würden, kann die EU-Schuldengrenze eines Defizits von maximal drei Prozent des BIP nicht eingehalten werden. Auch die Maastricht-Schuldenquote wird sich nach der aktuellen Projektion von derzeit 62,1 Prozent des BIP auf rund 65 Prozent zum Jahresende 2025 und bis 2029 weiter auf rund 80,25 Prozent erhöhen. Der maximal zu-

lässige Schuldenstand von 60 Prozent des BIP wird somit weit überschritten. Die Zinsausgaben erhöhen sich von 46 Milliarden Euro im Jahr 2024 auf 98 Milliarden Euro im Jahr 2029, verdoppeln sich in etwa. Zudem gehen die von der EU finanzierten Ausgaben ab 2027 deutlich zurück, da dann das im Kontext der Corona-Krise aufgelegte EU-Programm NextGenerationEU (NGEU) endet, welches zu einer außerordentlichen Verschuldung der bislang fast schuldenfreien EU-Ebene geführt hat.

Die Kernaussagen des **Unabhängigen Beirates des Stabilitätsrates** zu dieser maximal herausfordernden Situation lauten:

„Die Fiskalprognose [verdeckt] [...] die Handlungsbedarfe. [...] Insgesamt ist die Finanzpolitik nach Einschätzung des Beirats derzeit nicht so angelegt, dass sie mit den EU-Vorgaben in der mittleren Frist [...] kompatibel ist.“⁹

Es wird alles getan, dass zukünftige Sparzwänge und somit erbitterte Verteilungskonflikte, die das heutige Handeln verursachen, verschwiegen und nicht schon heute thematisiert werden. Alternative Finanzierungs-Optionen wie eine Erhöhung der Steuerlast unter Berücksichtigung einer sozial fairen Verteilung werden verdeckt. Mit der stark steigenden Verschuldung wird die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergehen. Die hohen Rüstungsausgaben werden zum Treiber für den Verlust gemeinwohlorientierter Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft.

Zu erwarten ist, dass mit der Verschuldung die Schere in der Vermögensverteilung weiter aufgeht. Denn die Zinszahlungen für Staatsschulden fließen vorrangig an Vermögende bzw. institutionelle Anleger wie etwa Versicherungen zurück, während Steuerzahler und Steuerzahlerinnen für die wachsende Zinslast aufkommen müssen und bei gleichzeitig schwindendem Handlungsspielraum der öffentlichen Hand weniger Leistungen erhalten. Durch das Anwachsen der Geldmenge wird zudem die Inflation stark angeheizt, die bereits durch den Anstieg der Energiepreise ein Problem darstellt. Der Haushalts-Beschluss zur Erhöhung der Militärausgaben impliziert, dass andere Gemeinwohl-Ziele zurückgedrängt werden. Es ist eine Hochrüstung auf Kosten anderer Anliegen.

Konkret: Klimapolitische, entwicklungspolitische, kulturelle und sozialpolitische Akteure machen befürchtete Kürzungen in ihrem Bereich zwar zum Thema, aber ein Gesamtdiskurs über die Ursachen und Folgen der Verschuldung und der eingeschränkten staatlichen Handlungsfähigkeit findet nicht statt.

Das argumentative Mittel, um die Rüstungsausgaben in solch einer astronomischen Höhe als alternativlos hinzustellen, ist die Schuldzuweisung an Putin, der angeblich schon in der nächsten Zeit einen Krieg gegen einen NATO-Staat plane. Ohne einen realen Beweis dafür zu haben, wird das lautstark von westlichen Regierungs- und Staatschefs, der EU und dem

⁹ Unabhängiger Beirat des Stabilitätsrates, 8. Oktober 2025.

NATO-Generalsekretär behauptet, obwohl die Oberkommandierenden der US-Army unter Bezug auf die 17 US-Geheimdienste das als „höchst unwahrscheinlich“ kommentieren.

Der tiefe Griff in die Taschen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wurde am 18. März 2025 im Bundestag mit Hilfe der Grünen möglich, eine Mehrheit von 512 Stimmen stimmte einer Grundgesetzänderung der Art. 109, 115 und 143h für eine Reform der Schuldenbremse zu. Damit sind die Ausgaben für Verteidigung und weitere sicherheitspolitische Maßnahmen, darunter auch die zur militärischen Unterstützung der Ukraine, ab einer Höhe von einem Prozent des BIP von der Schuldenbremse ausgenommen. Das wird als Wegfall einer Obergrenze für die Schuldenfinanzierung bei Ausgaben in die militärische Sicherheit gedeutet. Dass für den Haushalt die EU-Schuldengrenze relevant bleibt, wird aus der kollektiven Wahrnehmung ausgeblendet.

Die (West-) Europäerinnen und Europäer versuchen, den ökonomischen wie den personalisierten Druck auf Russlands Eliten soweit zu erhöhen, dass Moskau verhandlungsbereit wird. Zudem übernehmen sie immer mehr Lasten für die militärische Aufrüstung der Ukraine, zuletzt einen Betrag von 70 Milliarden Euro jeweils für 2026 und 2027. Hinzu kommt ein erheblicher Teil der Kosten für die Lieferung oder ein Leasing amerikanischer Waffensysteme. Damit zeigt sich, wie **Julian Nida-Rümelin** feststellte, eine

„Dominanz des militärischen Denkens in den Machtzentren der Welt“.

Kollateralschäden: Verdrängung anschaulich

*„Man hat Ohren und hört nicht. Man hat Augen und sieht nicht.
Und [...] man hat ein Gehirn und denkt nicht.“*

Bertha von Suttner

Um welche Dimension geht es bei den Verteidigungsausgaben¹⁰? Fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands im Jahr 2024 entsprechen knapp 220 Milliarden Euro, ohne Einrechnung der Kosten für Zinsen und Tilgung der Verschuldung sowie der Wechselkurseffekte und Inflation. Der Bundeshaushalt hatte 2024 nach dem vorläufigen Jahresabschluss ein Volumen von 474,8 Milliarden Euro und 2026 von 524 Milliarden Euro.

Hier einige Beispiele zum Vergleich, was mit den explodierenden Militärkosten auch geleistet werden könnte:

- Gehen wir von vorsichtig geschätzten 650.000 Wohnungslosen in Deutschland und einem Kaufpreis einer kleinen Wohnung von 100.000 Euro aus, könnte man für 65 Milliarden Euro Wohnungen kaufen (reiner Kaufpreis), um deren Wohnungslosigkeit zu beseitigen. In Deutschland fehlen circa 1,4 Millionen bezahlbare Wohneinheiten. Um die Wohnungsnot zu verringern, sind jährlich mindestens 13 Milliarden Euro für Wohnungsbauinvestitionen erforderlich.
- Ulrich Schneider, ehemaliger Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, schätzte 2021 die Kosten der Abschaffung der Armut in Deutschland auf 24 Milliarden Euro.
- Das Angebot einer kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in Deutschland würde nach einer Schätzung der Partei Die Linke mit circa 15 Milliarden Euro jährlich zu Buche schlagen.
- Für die Bildung in Deutschland gaben alle öffentlichen Haushalte zusammen insgesamt 184,6 Milliarden Euro im Jahr 2024 aus beziehungsweise 4,4 Prozent des BIP. Wollte es auf den Ausgabendurchschnitt der OECD in der Höhe von 4,7 Prozent aufschließen, müsste Deutschland 12,7 Milliarden Euro mehr aufbringen.

In den Bundesländern und sehr vielen Städten und Gemeinden ist der Spardruck bereits sehr hoch, im Bund wird er in den nächsten Jahren schnell steigen. Berlin setzt 2025 Haushaltskürzungen um. Besonders betroffen waren die Bereiche Kultur, Hochschulen und Verkehr. Auch im Sozialbereich waren Kürzungen bei sozialen Diensten zu verkraften. Zwar

¹⁰ Die Zahlen gehen zurück auf Recherchen von Heinz Stapf-Finé und Hans-Jochen Luhmann: *Soziale Konflikte im Gefolge des 5-Prozent-Beschlusses der NATO*.

sind einige Sparmaßnahmen, die für den Berliner Doppelhaushalt 2026/27 vorgesehen waren, dank des Länderfinanzausgleichs und der Lockerung der Schuldenbremse wieder rückgängig gemacht worden, doch die Berliner Haushaltslage bleibt angespannt.

Auf mittlere Sicht ist damit zu rechnen, dass sich die Schere in der Verteilung von Einkommen und besonders Vermögen weiter öffnet und zugleich weitere Einsparungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen folgen werden. Verstärkt wird dies durch die Auswirkungen der Inflation aufgrund der gestiegenen Energiepreise. Große Teile der Bevölkerung müssen sich in ihren Ausgaben beschränken, was auch bei den Unternehmen zu wachsender Unsicherheit hinsichtlich von Investitionen führt und somit das Wirtschaftswachstum weiter bremst.

Diese Entwicklung führt zu verschärften Verteilungskämpfen, schwächt den sozialen Zusammenhalt, beeinträchtigt das Vertrauen in die Demokratie und stärkt die extreme Rechte. Der Preis für die vermeintlich notwendige, tatsächlich jedoch fragwürdige Stärkung der äußeren Sicherheit ist eine abnehmende soziale Sicherheit und demokratische Stabilität. Dabei hat Deutschland doch mit der Friedens- und Entspannungspolitik vorgemacht, dass es auch anders geht. Die politischen und ideologischen Verhältnisse zwischen Ost und West waren in den 1970er- und 1980er-Jahren nicht einfacher.

Bösartige Zwillinge: Klimakrise und Hochrüstung

„Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Sekunde kämpfen.“

Helmut Schmidt

Die Daten, die für den Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) von der Wissenschaft weltweit erhoben und bewertet werden, sind eindeutig: **Die vom Menschen verursachte Klimakrise spitzt sich zu.** Die globale Temperatur steigt – wenn auch mit erheblichen Unterschieden je nach Landregion – immer schneller an, Wetterextreme treten immer häufiger auf, Gebiete versteppen, die Wasserversorgung wird schwieriger, ganze Regionen vertrocknen, die Ernährungsgrundlagen werden knapper, Mensch und Natur leiden. Die vom Menschen verursachte Klimakrise, wie in der päpstlichen Enzyklika *Laudato si'* der „fehlgeleitete Anthropozentrismus“ heißt, ist ein fundamentaler Angriff auf die Natur, das menschliche Leben und die Zukunft der Menschheit.

Genauso gefährdet die Militarisierung die Zukunft. Dadurch wächst die Gefahr von Kriegen. Mit der Hochrüstung werden die finanziellen Mittel, die für den Schutz des Erdsystems, die Sicherung von Ressourcen und die ökologische Modernisierung notwendig sind, drastisch eingeschränkt. Umso mehr gewinnt beim Klimaschutz die neoliberale CO₂-Bepreisung an Bedeutung, wobei deren Auswirkungen und Kostenbelastungen sozial höchst ungleich verteilt sind und die Unterschiede zwischen Arm und Reich drastisch verschärfen. Der Widerspruch ist offensichtlich: Obwohl die Klimagefahren und ihre Folgen bekannt sind, ist die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung nicht fähig, einen Pfad sozial-ökologischer Vernunft einzuschlagen. Generell lässt sich sagen, dass die Folgen der Umwelt- und Naturzerstörung weitaus stärker zu Lasten unterer Einkommenschichten gehen.

Die vom Menschen verursachte Klimakrise ist ein fundamentaler Angriff auf die Stabilität des Erdsystems. Dabei steuert die Entwicklung auf Kipppunkte zu, die den Prozess unabsehbar beschleunigen können.

Um was geht es? Das Klimasystem ist ein zentraler Teil des Erdsystems, das in seiner derzeitigen Form menschliches Leben schützt. Das Erdsystem stellt nämlich klimatische Verhältnisse her, die entweder die Lebensbedingungen der Menschen möglich machen oder mit ihnen unvereinbar sind. Es verfügt über fünf Subsysteme: Atmosphäre, Biosphäre, Kryosphäre, Landflächen und Ozeane, die miteinander interagieren. Das Klimageschehen spielt sich insbesondere in der Troposphäre ab, der unteren Schicht der Atmosphäre, die eng mit den Subsystemen der Erde gekoppelt ist. Vor allem seit Beginn des Holozäns, der heutigen Erdepoche, die vor rund 12.000 Jahren begann, existieren Verhältnisse auf der Erde, die für den Menschen in weiten Bereichen unseres Planeten verträglich sind.

Das Smithsonian National Museum of Natural History (Washington) hat anhand von mehr als 150.000 Datenpunkten aus Fossilien, Sedimenten, Eiskernbohrungen sowie Isotopenanalysen die Durchschnittstemperaturen auf der Erde ermittelt und zusammengetragen, die in Referenzkurven seit dem ersten Auftreten von mehrzelligen Lebewesen vor 485 Millionen Jahren weitgehend und seit 66 Millionen nahezu vollständig rekonstruiert werden konnten. Die Temperaturkurven belegen Zeiten brutaler Kälte genauso wie extremer Hitzeperioden, die sich, verursacht durch die Änderungen in der Chemie und Dynamik der Atmosphäre, in der Konzentration der Treibhausgase oder durch solare Aktivitäten und vulkanische Eruptionen über sehr lange Zeiträume herausbilden.

Damit ist ein Erdsystem verbunden, das über eine sehr lange Zeit mit menschlichem Leben unvereinbar war. Die Änderung der Erdtemperaturen vollzog sich über extrem lange Zeiträume. Die frühesten Spuren des Homo sapiens gehen zurück bis vor etwa 300.000 Jahren in Afrika. Das ist im Vergleich zur Erdgeschichte eine sehr kurze Periode. Die Erde liefert erst seit dem Holozän günstige Bedingungen für die Sesshaftigkeit des Menschen und damit für die Herausbildung der Hochkulturen. Heute verändert sich das Klima in einem immer schnelleren Tempo, für das es in der Erdgeschichte seit der Kambrischen Revolution vor 551 Millionen Jahren kein Beispiel gab.

Durch den fehlgeleiteten Anthropozentrismus, der von den kapitalistischen „Allesfressern“, so die Beschreibung der Philosophin Nancy Fraser, in den gesellschaftlichen Verhältnissen und egoistischen Lebensformen angetrieben wird, werden in der Troposphäre durch die Anreicherung von Treibhausgasen die „Atmosphärenfenster“ geschlossen. Um die Klimakrise zu bändigen, müssen zwei Faktoren, auf denen die moderne Menschheit aufbaut, neu bestimmt werden:

- Die **Leitidee der Linearität**, also der Glaube an den permanenten Fortschritt von Technik und Wirtschaft als Motor für die Entwicklung der Menschheit.
- Der **Glaube an ein permanentes Wachstum**. Denn es gibt ökologische Grenzen, die der Mensch nicht überschreiten darf. Das sind keine starren Grenzen, aber sie sind vor allem in der Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen wie im Verbrauch und den Emissionen da. Das hat gravierende Folgen für das Leben der Menschen.

Seit Beginn der Industriellen Revolution (rund 1800) sind die vom Menschen freigesetzten Treibhausgase, insbesondere Kohlendioxid (CO_2), Methan (CH_4) oder Distickstoffoxid (N_2O), dabei, die von der Erde zurückgestrahlte Sonnenwärme stärker zurückzuhalten. Das Ergebnis ist: Die Erde heizt sich in einem Tempo auf, das es seit der Kambrischen Revolution in der Erdgeschichte nicht gegeben hat. Die Natur wird wieder ungeeignet für menschliches Leben.

Die Klimakrise ist eine gewaltige Herausforderung an die Politik. Bisher gab es jedoch nur kurze Phasen globaler ökologischer Vernunft. Das waren der Brundtland-Bericht von 1987 mit der „Nachhaltigkeit“ und fünf Jahre später 1992 der Erdgipfel „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro. In Rio wurde die Nachhaltigkeit zur globalen Leitidee und das UN-

Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen (UNFCCC) beschlossen. Der internationale Klimaschutz musste sich trotz der eindeutigen wissenschaftlichen Belege selbst in den letzten Jahrzehnten immer wieder rechtfertigen oder wurden von Regierungen als unangenehme Wahrheit verdrängt. Doch heute geht es um mehr. Donald Trump, der Präsident der USA und damit politisch verantwortlich für den zweitstärksten Kohlendioxid-Emittenten der Welt, versucht den globalen Klimaschutz zu zerschlagen. Er stellt den anthropogenen Klimaschutz grundsätzlich in Frage, CO₂ ist für ihn kein Klimagas.

Damit läuft die Zeit weg, das Notwendige zu tun. Die internationale Klimadiplomatie ist schon zweimal krachend gescheitert. Das erste Mal bei der Umsetzung des Kyoto-Protokolls, das 1997 in der japanischen Kaiserstadt beschlossen, aber immer mehr verwässert wurde, so dass es auf der UN-Weltklimakonferenz von 2015 zum Pariser Klimaabkommen kam.

Vor allem auf Druck der 14 ozeanischen Inselstaaten wurde in Paris vereinbart, den vom Menschen verursachten Temperaturanstieg möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Dieses Ziel ist schon lange gerissen. Als wichtigster Beschluss von Paris gilt, dass es für alle Länder eine Transparenzpflicht gibt, um den nationalen Klimaschutz zu bewerten zu können und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Doch auf dieser Klimakonferenz, auf der die Erwärmung um höchstens 1,5 Grad Celsius zum Ziel erhoben wurde, konnte schon die Beschlussvorlage diesem Ziel nicht gerecht werden. 196 Staaten legten in Paris freiwillige Selbstverpflichtungen vor, deren Nichteinhaltung von den UN-Gremien aber nicht sanktioniert, sondern nur kritisiert werden kann. Und selbst wenn alle Länder ihre selbstgesteckten Ziele einhalten, käme die prognostizierte Erderwärmung – je nach Wahrscheinlichkeitsrechnung – immer noch auf 2,8 bis 3,2 Grad Celsius, also weit oberhalb der selbst vorgegebenen Zielmarke.

Beim Schutz des Erdsystems nimmt der Widerspruch zwischen Wissen und Handeln dramatisch zu. Keine andere Zukunftsfrage ist wissenschaftlich so intensiv bearbeitet worden, dennoch bleiben die nationalen Politiken und Maßnahmen weit hinter dem Notwendigen zurück.

Nach Statista wurde über den Landflächen im Jahr 2025 ein durchschnittlicher Temperaturanstieg um 1,91 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit gemessen. Die Erwärmung ist regional sehr unterschiedlich, am stärksten ist sie mit bis zu zehn Grad Celsius Erwärmung in der Arktis und im sibirischen Frühling, wo bereits Spitzen um acht Grad Celsius erreicht werden. Die Erderwärmung hat gravierende Folgen wie Wetterextreme, Hitze, Dürre, Überschwemmungen, Starkregen, Wassermangel, Ernteeinbrüche oder Umweltkrankheiten bis hin zu einer erhöhten Mortalität zur Folge. Das bekommen in erster Linie die Menschen in den ärmsten Ländern unseres Planeten zu spüren, die sich zudem am wenigsten wehren können.

Das bedeutet, dass Migration und Verteilungskonflikte mit der Klimakrise zunehmen und sich zuspitzen werden.

Schon bald können „Kipppunkte“ erreicht werden, insbesondere bei Eisschilden, in Permafrost-Regionen, bei sensiblen Ökosystemen oder in atmosphärischen Umwälzungen. An kritischen Punkten werden die Prozesse großflächig und selbstverstärkend beschleunigt: Im Amazonasbecken trocknet der Urwald aus, der große Speicher von Kohlenstoff; in Afrika geht durch ausbleibende Regenfälle die „grüne Welle“ weiter in Richtung Äquator zurück; Asien ist von massiven Überschwemmungen der bevölkerungsreichen Küstenregionen bedroht; in Sibirien taut der Permafrost auf und setzt riesige Mengen an Kohlenstoff frei; im pazifischen Raum können Inseln im Meer versinken; über dem Atlantik schwächen sich die thermohalinen Strömungen ab und bewirken Extremwetter wie Starkregen an den Mittelgebirgen in Mitteleuropa.

Mit dem Scheitern des Kyoto- und des Paris-Vertrags hat die internationale Klimadiplomatie schon zweimal ihre selbstgesetzten Ziele verfehlt. Und nun hat der Klimaschutz mit den hohen Kosten der Militarisierung in den reichen Ländern, die sich am ehesten die umfangreichen Programme zur Reduktion der Treibhausgase leisten könnten, noch einen weiteren starken Gegner bekommen. Das Notwendige, nämlich die ökologischen Grenzen des Wachstums einzuhalten, ist ohne grundlegende Korrektur in den Ausgabeprioritäten und ohne eine gerechte Neuordnung und Verteilung der Lasten nicht zu erreichen, weil sonst die finanziellen Mittel für die Modernisierung fehlen. Dass es geht, hat das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in seinen Studien aufgezeigt.

Wer dagegen glaubt, die notwendigen Ziele in erster Linie über eine sehr hohe Bepreisung der Treibhausgase erreichen zu können, wird schwere soziale Verwerfungen verursachen. Diese neoliberale Ideologie muss beendet werden.

Zudem hat die Hochrüstung der reichen Staaten starke Auswirkungen auf die armen Länder. „Grüne Oasen des Wohlstands“ können sich der Versuchung hingeben, militärische „Schutz-zonen“ gegen die Migrationsbewegungen aus den unwirtlich werdenden Ländern im Globalen Süden aufzubauen. Europa gerät insbesondere unter den Druck Afrikas. Mit der Aufrüstung der NATO, die große Teile der öffentlichen Staatsausgaben bindet, ist der dritte Kampf um das Klima faktisch schon verloren, weil kein Geld mehr da sein wird. Klimakrise und Hochrüstung werden zu bösartigen Zwillingen. Vier Faktoren sind für diesen Zusammenhang besonders zu nennen:

1. Die von den USA und der NATO vorangetriebene Militarisierung der Welt. Vor allem die hohen Kosten für die Neustrukturierung der Armeen, die auf eine digitale, KI-gestützte Strategie umstellen, schränkt mit ihren hohen haushaltspolitischen Belastungen den Handlungsspielraum für den Klimaschutz dramatisch ein. Das Klima steht vor dem Kollaps, doch die Welt rüstet auf.
2. Das hat zur Konsequenz, dass die neoliberale Besteuerung der Treibhausgas-Emissionen eine noch größere Bedeutung gewinnt. Sie erzielen jedoch erst dann die gewünschte Wirkung, wenn sie massiv steigen. Das wird die sozialen Unterschiede unvermeidbar vertiefen. Das Beispiel der versprochenen, aber nicht gezahlten „Klimaprämie“ belegt, wie

schwer ein Ausgleich geschaffen werden kann. Und diese Prämie wird zudem die Wirkung der Besteuerung wieder schwächen.

3. Durch Trumps Leugnen der vom Menschen verursachten Klimakrise fallen die USA beim globalen Klimaschutz aus. Trump ignoriert die UN-Klimabeschlüsse, weil sie seinen wirtschaftlichen Interessen und seiner Ideologie von „America first“ widersprechen. Trumps trauriges Beispiel ermutigt andere Staaten zur Nachahmung.
4. Die Behauptung der US-Regierung gegen die einmütige Auffassung der Wissenschaft, dass es keinen anthropogenen Klimawandel gäbe, unterstützt faktisch die Klimaleugner.

Diese Faktoren verschärfen die Konflikte in der Welt. Das hat auch mit den Erfahrungen der kolonialen Weltordnung zu tun und den Abhängigkeiten im fossilen Zeitalter. Heute wächst in den Ländern des Globalen Südens die Besorgnis vor einem neuen „grünen Kolonialismus“, der sich um den Zugriff auf wertvolle Ressourcen dreht. Neben der Klimakrise muss deshalb auch der Verteilungskampf um knappe Ressourcen wie Seltene Erden und Edelmetalle insbesondere für digitale Technologien gesehen werden. Sie haben für den Tech- und Arbitrage-Kapitalismus eine zentrale Bedeutung und das Potenzial für gewaltsame Konflikte, auch für „grüne Kriege“. Der amerikanische Finanzanleger BlackRock ist dabei, sich mit Hilfe der US-Regierung für seine Anleger und deren Gewinninteressen den Einfluss in „Ressourcenländern“ zu sichern. In der Ukraine haben sie bereits für ihre Anleger große Anteile beim Weizenanbau und beim Abbau seltener Erden erworben. Auch daraus ergeben sich neue Verteilungskonflikte.

Heute versuchen die Tech-Kapitalisten mit der Ideologie des Neoliberalismus den Sozialstaat zu demontieren. Wenn aber der Staat nicht mehr handlungsfähig ist, gibt es weder soziale Gerechtigkeit noch den Schutz des Erdsystems.

Drei Hauptfaktoren sind es, die es zu beachten gilt: 1. die Emissionen des fossilen Zeitalters, 2. die Überlastung unseres Planeten, 3. die Verteilungskämpfe um knappe und wertvolle Ressourcen:

1. Die fossile Welt war das Schmiermittel des Industriezeitalters. Das hohe wirtschaftliche und militärische Interesse am Zugriff auf die großen, leicht zu erschließenden Ölfelder im Nahen Osten hat immer wieder zu Kriegen geführt. Für Winston Churchill war das „Schwarze Gold“ die Schlüsselfrage für die Zukunft Großbritanniens und den fossilen Kapitalismus.
2. Die Endlichkeit und ungleiche Verteilung strategisch wichtiger Ressourcen setzt der Linearität der „Wachstumswelt“ ein Ende. Seit der Industriellen Revolution hat sich die Weltbevölkerung nahezu verzehnfacht, der Ressourcenverbrauch in den Industriestaaten pro Kopf verzwanzigfacht, was die großen Schwellenländer in einem noch viel schnelleren Tempo nachholen, sowie die Eingriffe in die Ökosysteme mehr als vertausendfacht. Das treibt die ökologische Krise und die Gefährdung des heutigen Erdsystems an.
3. Die Konflikte verschieben sich von den fossilen Energieträgern auf Rohstoffe wie Lithium, Kobalt, Nickel, Kupfer oder Seltene Erden. Das führt zu neuen Monopolen und Verteilungskämpfen. Die heutige Großmachtpolitik lässt befürchten, dass die Macht des

Stärkeren die Entwicklung in den Abgrund führen kann, wenn die Welt nicht schnell lernt, auf Qualität und Kreislaufwirtschaft nach innen sowie Nachhaltigkeit und gerechte Verteilung nach außen umzustellen.

Weitere wenige Daten belegen den anthropogenen Druck, den das Erdsystem aushalten muss. Im letzten Jahrhundert nahm die Weltproduktion um das 14-fache zu, der Energieeinsatz um das 16-fache und der Kohlendioxid-Ausstoß um das 17-fache. Aber die digitale Revolution auf der Basis von Quantencomputing oder Künstlicher Intelligenz (KI) wird die Nachfrage nach Erzeugungskapazitäten noch einmal massiv ausweiten. Die Folgen können auf unserem „überbevölkerten, ungleichen, verschmutzten und stör anfälligen Planeten“ (Brundtland-Bericht) erbitterte Verteilungskämpfe um knapp werdende ökologische Ressourcen werden, aus denen Gewalt und auch Kriege entstehen können.

Bis heute ist zu wenig erkannt, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Klimakrise, Energieressourcen und Krieg gibt. Das Militär selbst ist in Friedenszeiten schon mit einem Anteil von schätzungsweise sechs bis acht Prozent der globalen Emissionen der drittstärkste CO₂-Verursacher der Welt, in Kriegszeiten entfallen auf ihn noch einmal ungleich mehr. Aber auf Druck insbesondere der USA werden die Militär-Emissionen in den Statistiken des IPCC nicht ausgewiesen.

Die Alternative zu diesen Gefahren sind die von den Vereinten Nationen vertretenen Leitideen der „Nord-Süd-Solidarität“, der „Gemeinsamen Sicherheit“ und der „Nachhaltigkeit“. In der zusammengewachsenen Welt kann die Antwort auf die globalen Gefahren nur mehr Vertrauensbildung, Vorsorge und Zusammenarbeit sein.

Das erfordert eine aufgeklärte Solidarität, für die es keine historischen Vorbilder gibt.

Heute entscheidet sich, ob die Weichen für einen neuen Fortschritt gestellt werden. Denn schon bald werden selbst die stärksten Anstrengungen nicht mehr ausreichen, radikale Umwälzungen im Klimasystem zu stoppen. Von daher braucht die Bewältigung der ökologischen Fragen eine starke Friedensfähigkeit. Andernfalls sind die Kriege der Zukunft vorprogrammiert.

Die „Institution Krieg“ abschaffen!

*„Durch Vernunft, nicht durch Gewalt,
soll man die Menschen zur Wahrheit führen.“*

Denis Diderot

Der Ukraine-Krieg zeigt, was **Carl von Clausewitz** über Krieg feststellte:

„Kriege kennen keine Grenzen in sich.“

Sie werden in unserer Zeit zu zermürbenden Stellungskriegen, in denen die digitale Logistik mit Drohnen und Raketen eine immer größere Bedeutung einnimmt. Und es werden Kriege, die keiner gewinnen kann, die aber unzählige Tote, gewaltige Zerstörungen und endloses Leid hinterlassen. Frieden im Sinne von Immanuel Kant bedeutet: Kriege durch ein Bündnis von Politik und Vernunft abzuschaffen. In seiner 1795 erschienenen Schrift *Zum Ewigen Frieden* reagierte Kant auf den Separatfrieden von Basel. In sechs Präliminarartikeln formulierte er Bedingungen, die einen bloßen Waffenstillstand von dauerhaftem Frieden unterscheiden und legte damit auch die Grundlagen für den Völkerbund und ein Weltbürgerrecht.

Kant verfolgte keine pazifistische Utopie, in der er Frieden allein als Abwesenheit von Krieg beschreibt. Er versuchte, Frieden als Rechtszustand zu definieren. Aus diesen Überlegungen entstand durch US-Präsident Woodrow Wilson im Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 die Initiative für den Völkerbund, aus dem am 24. Oktober 1945 die Vereinten Nationen wurden. Freilich gelang es bis heute nicht, die UN mit den Rechten und Handlungsmöglichkeiten auszustatten, die eine Weltinstitution bräuchte. Aktuell zeigen vor allem die USA einen willkürlichen Umgang mit den Beschlüssen und Institutionen der Vereinten Nationen.

Zudem ist wichtig, dass die Grundlagen des Zwei-plus-Vier-Vertrags beachtet werden. Ohne Gorbatschow wäre die deutsche Einheit nicht möglich geworden. Wir haben die Pflicht, die von Genscher und anderen bestätigten Zusagen über die künftige Rolle der NATO einzuhalten. Deutschland muss der Vorreiter für eine gesamteuropäische Friedensordnung werden, die in der multipolaren Weltordnung eine starke Rolle für Solidarität, Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit einnehmen kann. Der völkerrechtswidrige Krieg gegen die Ukraine macht erneut die Notwendigkeit einer solchen Friedenspolitik deutlich. Dafür stehen wir NaturFreunde.

Wir sagen Nein zu dem schleichenden Gift der „Kriegstüchtigkeit“. Sie verändert die Mentalität und gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Das bedrückt uns umso mehr in einer Zeit, in der Europa einen tiefen Bruch erlebt.

Wir dürfen den geschichtlichen Auftrag unseres Landes für ein friedliches Europa nach den zwei Weltkriegen nicht vergessen. Die Menschen sind nur dann sicher, wenn es einen rechtlich verankerten Frieden gibt, der ganz Europa umfasst. Wir weisen nur darauf hin, dass

auch der Irak-Krieg von 2003 ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg war, der – je nach Schätzung – bis zu einer Million Opfer hatte und bis heute gewaltige politische Spannungen im Nahen Osten auslöst. Das bedeutet für uns: Kriege darf es nicht mehr geben.

Wir sind stolz darauf, dass wir NaturFreunde ein fester Teil der Friedensbewegung sind. Wir halten die Ideologie „Frieden durch militärische Stärke“ für falsch. Was wir brauchen, sind Verständigung, Vertrauensbildung und Kooperationsbereitschaft, Abrüstung, Nachhaltigkeit und die Einsicht in eine gemeinschaftliche Vernunft.

Mit diesen Positionen sind wir eng mit Kants großer Idee von der „reinen Vernunft“ verbunden. Kurz: Die Welt hat nur dann eine Zukunft, wenn sie „friedensfähig“ ist.

Wir sind bereit, unsere Position zu diskutieren und zu begründen. Wir sind sicher: Die große Mehrheit der NaturFreunde unterstützt unsere Haltung. Ladet uns zu Diskussionen ein.

Mit einem herzlichen Berg frei!

MICHAEL MÜLLER / YANNICK KIESEL